

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 19. Januar 2012, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Marco Kaufmann, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates bis 19.45 Uhr 45
Mitglieder des Einwohnerrates ab 19.45 Uhr 47
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Urs Heimgartner, Leiter Bau- und Planungsabteilung
Attilio Lavezzari, Scheitlin Syfrig Architekten
Benjamin Bühler, Fachexperte Energie

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt
abwesend: Thomas Sigrist, Präsident der Schulpflege
Andrea Marbach
Daniela Gueniat
Holger Czerwenka

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Anton Schneider (FDP), Christian Pauli (FDP), Hanna Läng (EVP), Jürg Rüfenacht (CVP), Jürg Meier (WettiGrünen), Roger Scherer (SVP) und Heinz Graf (BDP)
2. Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat; Behandlung Dringlichkeit
3. Protokoll der Sitzung vom 8. Dezember 2011
- 4.1 Einbürgerung; Baspinar Gamze, geb. 1994, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszigstrasse 53
- 4.2 Einbürgerung; Baspinar Hasan, geb. 1998, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszigstrasse 53
- 4.3 Einbürgerung; Efatoska.Selimi Ziza, geb. 1979, Efatoski Selim, geb. 1973, Efatoska Delis, geb. 2004 und Efatoski Denis, geb. 2008, alle mazdeonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 64
- 4.4 Einbürgerung; Filan Semina, geb. 1993, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 90
- 4.5 Einbürgerung: Vecino Sandra, geb. 1976, spanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettngen, Brückenstrasse 2
5. Wettbewerbsverfahren für die Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard; Wettbewerbsresultat;

Optionenauswahl

6. Bericht der Arbeitsgruppe Betreibermodelle Tägjo im Zusammenhang mit der Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard
7. Postulat der CVP-Fraktion vom 10. November 2011 betreffend der Einführung von zielgerichteten Fremdbetreuungsformen für ein familienfreundliches Wettingen; Entgegennahme
8. Postulat der CVP-Fraktion vom 10. November 2011 für eine Gleichbehandlung der Familienformen; Ablehnung
9. Postulat Patrick Bürgi und Robin Bauer vom 10. November 2011 betreffend Einführung eines Waldkindergartens in Wettingen, Entgegennahme
10. Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat; Beantwortung

0. Mitteilungen**0.a Hinweis auf die Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat**

Der Präsident gibt den Eingang der Dringlichen Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat bekannt. Die Abstimmung über die Dringlichkeit findet nach Traktandum 1 in einem neuen Traktandum 2 statt. Bei Zustimmung zur Dringlichkeit wird die Interpellation in einem neuen Traktandum 10 am Schluss der Traktandenliste beantwortet.

0.b Antrittsrede des Präsidenten

Marco Kaufmann, Präsident: Ich bedanke mich nochmals herzlich für die Wahl zum Einwohnerratspräsidenten und das Vertrauen, dass Ihr mir entgegenbringt.

Ich kann und will es nicht verleugnen, ein bisschen nervös bin ich schon, zu Beginn dieser ersten Sitzung. Es ist eine neue Herausforderung, die ich heute zu meistern habe und hoffe natürlich, dass ich dies heute und auch an den folgenden Sitzungen zur Zufriedenheit von euch allen bestreiten werde.

Es ist eindrücklich und schön, wie viele positive Reaktionen und Glückwünsche in Form von Karten, Mails oder spontanen Gratulationen bei persönlichen Begegnungen ich seit der Wahl und auf Grund der Berichterstattungen in den Zeitungen erhalten habe. Man wird eine Person der Öffentlichkeit.

Als Einwohnerratspräsident sehe ich mich als Vermittler, in einer neutralen Rolle und ich versuche hier im Rat möglichst keine politische Stellung zu beziehen. Ich wünsche mir, eine ausgewogene, faire Diskussion, so dass alle ihre Meinungen äussern könne und dass diese Meinungen von den anderen auch angehört werden. Gute Ideen und Innovationen sollen nicht parteipolitisch sein. Darum hört auch euren politischen Widersachern zu. Vielleicht haben die auch Vorschläge und Meinungen, die man teilen kann. Und es wäre schade, wenn solche Chancen vertan würden, nur weil sie aus dem

falschen Lager kommen. Also seit offen zu euren Gegenüber auf der anderen Seite des Saals. Es wollen ja alle hier im Rat nur das Beste für Wettingen, wir brauchen Mehrheiten, gemeinsame Ziele und Visionen um unser Wettingen weiter zu bringen. Es stehen in den nächsten Monaten und Jahre sehr viele und sehr grosse Aufgaben an. Packen wir diese gemeinsam an!

Wettingen ist mit über 20'000 Einwohnern die grösste Gemeinde im Aargau, das ist uns bestens bekannt. Aber Wettingen kann sich auch schweizweit zeigen. Ein Vergleich mit viel bekannteren Städten und Ortschaften zeigt dies: Solothurn: knapp 16'000 Einwohner, Olten: 17'600 Einwohner, Kloten: 18'000 Einwohner, Davos: 13'000 Einwohner, Glarus: 12'500 Einwohner, aber auch Frauenfeld mit 23'500, Rapperswil-Jona mit 26'000 oder Zug mit 26'600 Einwohner sind im Vergleich zu ihrem Bekanntheitsgrad nicht viel grösser als Wettingen. Ich möchte damit sagen, wir müssen uns nicht verstecken, keine falsche Bescheidenheit zeigen, seit stolz auf Wettingen und gestaltet an einer modernen, innovativen, lebensfreudigen und lebenswerten Gemeinde mit. Dazu haben wir in naher Zukunft viele Möglichkeiten; z.B. bei einem modernen und nachhaltigen Tägi, bei genügendem, attraktivem und zeitgemäsem Schulraum, bei einem attraktivem Angebot für die ausserfamilieäre Kinderbetreuung, bei der Gestaltung unseres Wohn- und Siedlungsgebietes mit attraktiven Strassenräumen und Freiflächen. Da wird die Testplanung an der Landstrasse sicher viele spannende Ideen hervorbringen. Aber auch bei der Verkehrspolitik und natürlich, und das ist mir sehr wichtig, auch beim Umwelt- und Naturschutz. Ihr seht, es gibt noch viel zu tun, gehen wir dies mit viel Freude und Lust an.

Bereits heute steht ein sehr grosser Brocken an. An der heutigen Sitzung stellen wir die Weichen für die Zukunft des Tägi. Diejenigen von euch, die letzte Woche beim Eishockey-Match gegen Spreitenbach dabei waren, konnten sich ein Bild machen vom Zustand der Eisanlage und den Garderoben. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Bevor wir nun zum offiziellen Teil der Sitzung, mit den vorliegenden Traktanden schreiten, möchte ich euch noch ein paar „Spiel- und Verhaltensregeln“ hier im Rat in Erinnerung rufen. Grundsätzlich werde ich den Ratsbetrieb im bekannten und bewährten Rahmen weiterführen, das heisst:

Handzeichen geben, wer ein Votum abgeben möchte, die Person wird dann von mir aufgefordert zum Rednerpult zu gehen.

Zur Stimmabgabe stehen wir auf. Wenn die Stimmzähler aufstehen und die weisse Karte hochhalten, geben sie ihre Stimme ab. Denn es kann auch sein, dass die Stimmzähler zum Zählen aufstehen, um einen besseren Überblick zu haben.

Anträge, welche während der Sitzung gestellt werden, sind immer schriftlich hier vorne beim Ratsbüro abzugeben.

Im Weiteren verweise ich auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrates, welches immer aktuell auf der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden kann. Da ist der Ablauf der Sitzung genau beschrieben.

Die Disziplin hier im Rat war in der Vergangenheit immer sehr hoch, es wurde zugehört oder höchstens im Flüsterton mit dem Sitznachbarn geredet und auch das „Gläutsch“ im Saal war sehr bescheiden. Ich hoffe, diesen Standard können wir beibehalten.

0.c Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission

Der Präsident teilt den Rücktritt von Christine Meier Rey aus der GPK per Ende Dezember 2011 mit. Die Ersatzwahl für den vakanten GPK-Sitz findet am 15. März 2012 statt.

0.d Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 10. November 2011, die in der Limmatwelle vom 17. November 2011 publiziert waren, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.e Neueingänge**Motion Benz Pius, SVP, und Reinert Marie-Louise, EVP, vom 19. Januar 2012 betreffend Japanknöterich****Antrag:**

Die Gemeinde Wettingen wird eingeladen, die Massnahmen zu ergreifen, die nötig sind, um der Ausbreitung invasiver Neophyten auf Gemeindegebiet zu begegnen. Invasive Neophyten sind die gefährlichen unter den sogenannten "neuen Pflanzen".

Insbesondere sind nötig

- Inventar der betroffenen Problemorte
- Bericht über getroffene Massnahmen und deren Auswirkungen
- Konzept für die nötigen Massnahmen, sowohl akut als auch über längere Zeit
- Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Stellen
- Aufträge an geeignete Stellen für deren Umsetzung¹
- Kontrolle der Auswirkungen und Sicherung auch längerfristig
- Berechnung allfälliger Kostenfolgen und Berücksichtigung im Budget für das kommende Jahr
- Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, besonders Garten- und Grundstückbesitzer

Begründung:

Der Japanknöterich breitet sich momentan in Wettingen zum Beispiel im Tägerhard ausserhalb der Kieshaufen rund um den dortigen Weiher aus, ferner im Eigi etwa 100 m ausserhalb des Eigihofs, nach dem Holzschopf. Er ist schweizweit und grenzübergreifend ein Problem. Im Rhonetal unterhalb von Genf bildet er einen trügerisch grünen Saum längs dem Flusslauf.

Der Japanknöterich gehört zu den nichteinheimischen Pflanzen, die sich explosionsartig vermehren. Sie schädigen und reduzieren die Biodiversität massiv: Japanknöterich, Robinie, Sommerflieder, Drüsiges Springkraut, Goldrute, Essigbaum. Sie übertragen Krankheiten, die die einheimischen Pflanzen schädigen. Sie lösen Allergien und Krankheiten beim Menschen aus oder sind giftig: Ambrosie, Riesenbärenklau, Riesenaronstab, Greiskraut, (Jakobskreuzkraut). Oder sie verursachen Schäden an Boden und Bauten: Japanknöterich, Kirschlorbeer, Ambrosie.²

Massnahmen gegen den Japanknöterich zum Beispiel sind dringlich: Er wächst 30 cm am Tag, und kleinste Teilchen davon reichen zum Erwachsen einer neuen Pflanze. Er

untergräbt Bahnborde der SBB, Uferbefestigungen, Grundwasser- und Hochwasserschutzanlagen, die Bauten von Schwimmbädern, aber auch Gärten und Wälder. Materielle Schadensminderung UND Minderung von Sicherheitsrisiken verlangen rasches Handeln. Die Massnahmen müssen einerseits dringlich und andererseits ausdauernd über Jahre getroffen werden.

Verzögerung verteuert die Arbeiten massiv. Eine Umlagerung der Kosten auf Kanton oder Bund ist nicht möglich. Hingegen ist der Kanton daran, Koordinations- und Steuerungsmassnahmen zu planen. Die kantonale Arbeitsgemeinschaft gegen invasive Neobiota (Pflanzen und Tiere) AGIN bietet fachliche Beratung und Unterstützung.³

¹Geeignete Stellen können sein: Verein Naturwerk, Werkhof, Forstamt, Landwirte

²<http://www.neophyt.ch/html/knoeterich/knoeterich.htm>

³Koordinationsstelle Neobiota, Dr. Eva Bantelmann, 062 835 30 68,
<http://www.ag.ch/verbraucherschutz/de/pub/chemiesicherheit/neobiota.php>

Postulat Neuenschwander Patrick und Ernst Kirsten, SP, vom 19. Januar 2012 betreffend offene Turnhalle für Kinder

Antrag:

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, ob die Turnhallen regelmässig (beispielsweise an Sonntagnachmittagen) für Primarschüler/-innen, allenfalls auch jüngeren Kindern, geöffnet werden könnten und mit einer lokalen Trägerschaft ein polysportives Angebot aufgebaut werden könnte.

Begründung:

Neue Studien belegen, dass jedes 5. Kind in der Schweiz übergewichtig ist und 20 - 25 % über gelegentliche oder chronische Rückenschmerzen klagen. Die Hälfte aller Sechsjährigen kann keinen Purzelbaum mehr. Dafür gibt es zwei Hauptgründe; falsche Ernährung und zu wenig Bewegung, Viele Kinder leben ihren natürlichen Bewegungsdrang (auch aufgrund mangelnder Möglichkeiten) nicht mehrgenügend aus.

Neben den sehr wertvollen Angeboten der Vereine (wie wir sie auch hier in Wettingen haben) hat sich in vielen Gemeinden bewährt, die Turnhallen an schulfreien Nachmittagen für Kinder zu öffnen. Ähnlich wie für Jugendliche am Samstagabend wird den Kindern ein polysportives Angebot dargeboten. Gemeinsam mit Sportvereinen und anderen interessierten Gruppierungen soll damit ein wertvoller Beitrag zur Gesundheitsförderung unserer Gesellschaft entstehen.

0.f Tischauflage

Auf den Tischen finden die Mitglieder des Einwohnerrates die neuste Image-Broschüre von Wettingen, das Frühlingskursprogramm der Volkshochschule, die dringliche Interpellation der FDP betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat sowie eine Einladung zu einer Info-Veranstaltung zur Energiedebatte an der März-Sitzung.

1. Inpflichtnahme von Anton Schneider (FDP), Christian Pauli (FDP), Hanna Läng (EVP), Jürg Rüfenacht (CVP), Jürg Meier (WettiGrünen), Roger Scherer (SVP) und Heinz Graf (BDP)

Der Präsident nimmt Anton Schneider, Christian Paul, Hanna Läng, Jürg Rüfenacht, Heinz Graf, Jürg Meier, Roger Scherer in Pflicht und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg in ihrem Amt.

2. Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat; Behandlung Dringlichkeit

Yvonne Vogel, Vertreterin Interpellantin: Wir haben die dringliche Interpellation eingereicht, weil wir beim Lesen des Interviews etwas erstaunt waren. Wir haben uns etwas geärgert über einige Aussagen. Vor den Kopf gestossen gefühlt haben wir uns über eine Aussage von Heiner Studer und auch des Journalistes. Ich gehe später genauer darauf ein. Ich denke, dass die Dringlichkeit gegeben ist, da es ein Geschäft ist, welches auf dem Tisch liegt und keine weiteren Abklärungen seitens des Gemeinderates zur Beantwortung benötigt. Man kann es heute erledigen und muss es nicht noch um Monate herauszögern. Ich hoffe auf die Unterstützung des Rates.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Die formellen Voraussetzungen für die dringliche Behandlung der Interpellation sind gegeben. Der Vorstoss wurde rechtzeitig im Sinne von Art. 9 Abs. 4 des Geschäftsreglementes dem Gemeinderat zugestellt.

Helen Suter: Die Fraktion EVP/Forum5430 hat sich über die Dringlichkeit Gedanken gemacht. Auch im Sinne der raschen Klärung sind wir für Eintreten auf die Dringlichkeit. Wir bitten darum, die Relationen zu sehen. Wir haben vor einigen Monaten die Dringlichkeit des Sonnenblickes nicht angenommen. Dieses Thema wäre für Wettingen viel wichtiger gewesen. Im Sinne der raschen Klärung ist ein Eintreten gerechtfertigt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt der Dringlichkeit der Dringlichen Interpellation Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat mit 42 : 0 Nein, bei 3 Enthaltungen, zu.

3. Protokoll der Sitzung vom 8. Dezember 2011

Das Protokoll der Sitzung vom 8. Dezember 2011 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

4. Einbürgerungen

Marco Kaufmann, Präsident: Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 8. Dezember 2011 nach Rücksprache mit der Einbürgerungskommission beschlossen, eine Praxisänderung im Bereich der Traktandenberichte vorzunehmen. So wird im Sinne der Effizienzsteigerung auf die Anfertigung von separaten Traktandenberichten verzichtet. Die Mitglieder des Einwohnerrates erhalten das Formular KBüG3 zusammen mit einem Deckblatt. Das Formular KBüG 3 ist eine Zusammenfassung des Gesuches sowie der getätigten Abklärungen durch die Gemeinde. Der kantonalen Behörde dient

dieses Gesuch als Grundlage für ihre Beurteilung. Die bisherigen Traktandenberichte und das Formular sind gleich aufgebaut und enthalten die gleichen Informationen. Bis jetzt entstand der Gemeindekanzlei für die Erstellung des Traktandenberichtes und des Formulars KBüG3 der doppelte Aufwand. Auf einen Abdruck einer Foto wird in Zukunft verzichtet. Die Gesuchsteller haben vermehrt keine aktuellen Bilder eingereicht. Zudem sind die Fotos in der Aktenaufgabe nach wie vor vorhanden. Die Aktenaufgabe im Bereich des Einbürgerungswesens ist durch die kantonalen Vorgaben genau definiert. Diese besteht aus dem Gesuchsbogen, dem Formular KBüG3 und den Aufstellungen der bisherigen Wohnorte, Schulbesuche und Arbeitsstellen (Formular KBüG4). Diese Informationen sollten alle Ratsmitglieder über ihre Fraktionspräsidien bereits vorgängig erhalten haben.

Thomas Wolf: Die Fraktion SVP ist enttäuscht, dass den Ratsmitgliedern keine Fotos der Gesuchsteller zugestellt werden. Ich arbeite selber im Personalbereich. Die Dossiers enthalten auch immer eine Foto. Fotos vermitteln einen ersten Eindruck, bevor der weitere Werdegang angeschaut wird. Wir finden es schade. Als Begründung wurde mir mitgeteilt, dass dies so üblich sei. Ich möchte den Gemeinderat nach der Rechtsgrundlage fragen. Es kann nicht sein, dass als Begründung die fehlende Aktualität der Fotos aufgeführt wird.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Aus Daten- und Persönlichkeitsschutzgründen ist eine Veröffentlichung der Fotos nicht mehr möglich. Die Fotos sind in den Aktenaufgaben enthalten, als Fotokopien der Ausländerausweisen. Diese werden regelmässig erneuert und enthalten die neusten Fotos. Über den Inhalt der Aktenaufgabe gibt es klare kantonale Vorgaben: der Gesuchsbogen, das Formular KBüG3, die Aufstellung der bisherigen Wohnorte. Bis anhin hatten Sie diese Informationen im Traktandenbericht nicht. Es wurde nur auf den Zeitpunkt der Wohnsitznahme in Wettingen verwiesen. Nun können Sie in den Akten ersehen, wo die Person bereits gewohnt hat. Sie haben nun absolute Transparenz in der Aktenaufgabe. Auf diesem Formular sind auch alle Schulen und Arbeitgeber ersichtlich. Weder Bund noch Kanton verlangen Fotos. Nach Abschluss des Verfahrens auf Gemeindeebene wird das Dossier an die kantonale Amtsstelle geschickt. Der Kanton prüft die Vollständigkeit des Gesuches und leitet es weiter an den Bund zur eidgenössischen Kontrolle. Auf kantonaler Ebene prüft die Subkommission Einbürgerungen die Dossiers genau. Auch dort ist keine Foto notwendig. Ist die Einbürgerung nach der Zusicherung durch die Gemeinde und den Bund auch durch den Grossen Rat genehmigt, wird die Einbürgerung dem Gesuchsteller mitgeteilt. Nach einer Wartezeit von ca. einem Monat kann er bei der Einwohnerkontrolle mit einem aktuellen Foto Pass, ID oder beides bestellen. Es gibt keinen Automatismus, wie dies gerüchteweiser herumgeht.

Helen Suter: Diese Neuerung war in der Fraktion auch ein Thema. Wenn es eine Zeiteinsparnis im Gemeindehaus ist, begrüssen wir die Neuerung. Uns stört das viele Papier an alle Ratsmitglieder. Ich persönlich schätze ein Foto, so erhält der Name ein Gesicht, ev. kenne ich die Person vom sehen. Ich möchte anregen, dass das dicke Bündel Papier in der Aktenaufgabe bleibt, wo man dann auch das Foto sieht. Ich bin überzeugt, dass nicht einmal ein Drittel von uns diese Personen dem Namen nach kennt. Mir würde das erste Blatt mit den Gesuchsangaben genügen. Wer es genauer wissen möchte, kann in der Aktenaufgabe nachlesen.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Jetzt bin ich etwas erstaunt. Zur Definierung: Du möchtest auf das KBüG 3 verzichten und nur noch das Deckblatt mit allen Einbürgerungsgesuchen erhalten?

Helen Suter: Ich habe die Zusammenfassung wie bis anhin geschätzt. Weil aber der Zeitaufwand gross ist, genügt mit das erste Blatt mit den Namen. Wir erhalten soviel Papier und ich möchte den Umweltschutzgedanken hervorheben.

4.1 Einbürgerung; Baspinar Gamze, geb. 1994, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszigstrasse 53

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 40 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugesichert.

4.2 Einbürgerung; Baspinar Hasan, geb. 1998, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszigstrasse 53

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugesichert.

4.3 Einbürgerung; Efatoska-Selimi Ziza, geb. 1979, Efatoski Selim, geb. 1973, Efatoska Delis, geb. 2004 und Efatoski Denis, geb. 2008, alle mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 64

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 40 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugesichert.

4.4 Einbürgerung; Filan Semina, geb. 1993, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 90

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 40 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugesichert.

4.5 Einbürgerung; Vecino Sandra, geb. 1976, spanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Brückenstrasse 2

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 43 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugesichert.

5. Wettbewerbsverfahren für die Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard; Wettbewerbsresultat; Optionenauswahl

Reto Würmli, Vertreter der Finanzkommission: Bezüglich Details zu den verschiedenen Punkten verweise ich auf die Unterlagen. An der Einwohnerratssitzung vom 8. September 2011 wurde der Zwischenbericht der Optionenauswahl, mit diversen zusätzlichen Fragen zu verschiedenen Themen zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat hat diese Diskussionen und Anregungen über die verschiedenen Themen aufgenommen und die hauptsächliche Richtung der Optionenauswahl weiterbearbeitet. Die zusätzlichen Fragen wurden in diesem neuen Bericht, für den Projektstand in einem vernünftigen Rahmen beantwortet, sodass eine verständliche Übersicht entstanden ist. Zusätzlich wurde das Postulat von Patrick Bürgi vom 12. Mai 2011 über das Sicherheitssystem Überwachung Schwimmbekken bearbeitet und direkt in dieses Projekt integriert. Die neue Kostenzusammenstellung setzt sich nun aus folgenden Teilen zusammen:

Modul 2

- Basis Ertüchtigung Bestand mit Erweiterung Eingang
- Erweiterung Kinderplanschbecken
- Erweiterung Aussenwarmbecken
- Option Neubau Wellness
- Option Solaranlage thermisch
- Option Sicherheitssystem Überwachung Schwimmbecken

Modul 1

- Basis Rückbau Altbauten, Altlastensanierung
- Basis Eishalle mit Mehrzwecknutzung und Ausseneisfeld
- Basis Tiefgarage
- Basis Umgebung
- Option Überdachung Ausseneisfeld
- Option Vorbereitungsmaßnahmen für spätere Realisierung des Sporthotels

Im weiteren Vorgehen wurde nun auch eine erste Schätzung der Auswirkungen auf den Finanzplan und den Steuerfuss aufgeführt.

Antrag

Die Finanzkommission schlägt folgenden Beschluss dem Einwohnerrat vor.

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Wettbewerbsresultat „Wettbewerbsverfahren für die Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard“ Abstimmungsverhältnis 6:1 (7 Anwesende)
2. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat eine Vorlage Projektierungskredit „Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard“ auszuarbeiten.
Abstimmungsverhältnis 5:2 (7 Anwesende)
3. Das Projekt umfasst das Modul 1 Mehrzweckhalle (Ausseneisfeld, Einstellhalle, Rückbau Altbauten), mit Optionen Überdachung Ausseneisfeld und Vorbereitungsmaßnahmen für eine spätere Realisation des Sporthotels sowie das Modul 2 Ertüchtigung Bestand, mit Option Wellness, den Erweiterungen Kinderplanschbecken und Aussenwarmbecken, sowie einer thermischen Solaranlage.
Abstimmungsverhältnis 5:2 (7 Anwesende)

Markus Maibach: Ich möchte aus der Gesamtfraktion SP/WettiGrünen berichten. In der AZ stand „SP/WettiGrünen begrüsst Tägi-Vorlage“. Dieser wurde verkürzt. Ich habe den Fraktionsbericht selber geschrieben und einen anderen Titel gewählt, nämlich „Ja zu einem Vorzeigeprojekt, Nein zum Aussenwarmbecken“. Ich möchte kurz einzelne Punkte aus unserer Sicht beleuchten. Zunächst ein Lob an den Gemeinderat und die Verwaltung für den transparenten Prozess und die Vertiefungen, die nach unserem Erachten transparent vorliegen und für uns eine gute Entscheidungsgrundlage bieten. Zuerst zur Energie: Energie war immer ein Kernelement unserer Forderungen. Wir haben auch ein Postulat eingereicht mit dem Inhalt, den Energiebedarf über erneuerbare Energie zu decken. Es liegen nun die Wärme- und Strombilanz insgesamt

vor. Ich habe es ihm Fraktionsbericht ausgerechnet. Es geht um 350 EFH, die man mit der Wärme heizen könnte, wenn sie auf einem modernen Stand wären. Dies ist nicht einfach nichts. Wir haben 2 Stossrichtungen vom Gemeinderat erhalten. Zum einen ein Blockheizkraftwerk, bei welchem es etwas schwierig ist, erneuerbare Energien, sei es Holz oder Biogas, zu gewinnen. Es ist auch schwierig, die Anlage zu steuern. Die andere und favorisierte Stossrichtung ist die Wärmepumpe, die Strom benötigt. Nun ist die Frage, wie wird der Strom produziert? Hier haben wir weitere Anliegen. Einerseits begrüßen wir von der Wärmeseite her die themerische Solaranlage. Dies entspricht dem heutigen Standard und rechnet sich auch. Darüber müssen wir nicht diskutieren. Unseres Erachtens sind aber die Aussagen über die Photovoltaik vage. Wir erwarten im Rahmen des Projektierungskredites verbindliche Aussagen des Gemeinderates, wann und wie die Photovoltaik eingesetzt wird. Wir haben von entsprechenden Absichten des EW an der Info-Veranstaltung gehört. Absichten genügen uns aber nicht. Die Photovoltaik ist für eine zentrale Option, einen Teil des Strombedarfes zu decken. Das Argument, dass Wettingen ein Flusskraftwerk hat, zählt nicht. Wer sich mit Strom auskennt, weiss, dass Strom irgendwo produziert wird. Deshalb erwarten wir mehr als nur Photovoltaik. Wir erwarten auch eine integrale Betrachtung. Wir haben letztes Jahr eine Motion lanciert und hoffen, dass diese noch vor dem Projektierungskredit beantwortet wird. Die Motion fordert, dass das EW als Stromproduzent von Wettingen den Strom vorwiegend aus erneuerbarer Energie deckt. Dabei geht es nicht ums Tägi, sondern darum, wie die Gemeinde Strom einkauft und erneuerbare Energie dem eigentlichen Stromkonsumenten, unseren Bürgerinnen und Bürgern, schmackhaft macht. Hier erwarten wir noch eine klare Aussage, wie Wettingen bzw. das EW dies zu tun gedenkt. Ich möchte nochmals betonen, dass wir unsere Zusage zum Tägi durchaus von solchen Aussagen abhängig machen. Ich rege an, nicht einfach eine Wärmepumpe und Minergie als grosses Asset zu rühmen, sondern eigentlich mit der Idee anzutreten, mit einer solchen Anlage einen der diversen Energiepreise der Schweiz zu gewinnen. Mit dem vorliegenden Konzept hat man ein gutes, aber nicht ein sehr gutes Projekt. Ich möchte hier den Gemeinderat anspornen, noch einen Zacken zuzulegen. Wir verzichten auf einen Antrag, es ist eine Anregung an den Gemeinderat. Zum Verkehr: Das Verkehrsdossier in den Unterlagen ist deutlich dünner als das Energiedossier. Das mag verschiedene Gründe haben. Wir haben an der Informationsveranstaltung einiges dazu erfahren und haben zwei Punkte, die man unserer Meinung nach vertiefen sollte. Erstens: Die Notwendigkeit und Sicherheit, dass es eine S-Bahn-Haltestelle gibt. Wettingen hat dies als Priorität A eingereicht, so steht es auch in den Unterlagen. Der Kanton hat dies im Moment als Priorität B eingestuft. Wettingen muss hier alles daran setzen, dass die Haltestelle Priorität A hat. Man muss sich bewusst sein, dass die Tägihaltestelle noch nicht im Richtplan enthalten ist und es einige Argumente braucht, damit im Agglomerationsprogramm, ein wichtiger Mitfinanzierer, die Dringlichkeit gewährt ist. Da erwarte ich vom Gemeinderat die entsprechenden Schritte. Bleibt es bei Priorität B, kann ich Ihnen prophezeien, findet die Finanzierung vom Bund am Sanktnimmerleinstag statt. Der Bund hat nun noch einmal Geld bis 2020. Zweitens: die Verkehrsführung des PW-Verkehrs über den Platz stört auch die Attraktivität des Platzes. Wir bitten den Gemeinderat sich zu überlegen, ob es allenfalls Alternativen gibt für einen autofreien Platz. Dies wäre ein echter Gewinn für die Aufenthaltsqualität, nicht nur im Tägi, sondern auch rund ums Tägi. Wir erwarten in den Bereichen Energie und Verkehr weitere Nachbesserungen. Ich kann es vorweg nehmen: die Stimmung in unserer Fraktion ist bereits geteilt. Ich spreche im zustimmenden Sinne vor allem für die SP. Ich möchte zu den Modulen noch etwas sagen. Wir geben Ihnen einen Steilpass zum Sparen: Streichung des Aussenwarmbeckens. Wir kommen nachher im Detail darauf zurück. Das Aussenwarmbecken kostet fast 3 Mio. Franken, man kann Geld sparen. Das Aussenwarmbecken braucht Energie, man kann Energie sparen. Bei Verzicht auf das

Aussenwarmbecken hat man zwei Fliegen auf einen Schlag. Wir werden dazu einen entsprechenden Antrag stellen.

Ich äussere mich auch gleich zum Betreibermodell: Wir begrüßen die Ausführungen zum Betreibermodell. Sie sind schon recht konkret. Wir sind der Meinung, dass es in die richtige Richtung geht. Wir begrüßen die privatwirtschaftliche Organisation des Betriebes und die öffentlichrechtliche Organisation des Eigentums. Es gibt aber drei Punkte, die uns einerseits fehlen und andererseits zu dünn sind. Einerseits das Sportleitbild: das vorliegende ist eher ein Lightbild, ein sehr leichtgewichtiges Bild. Wir erwarten konkretere Aussagen dazu. Wenn das Sportleitbild Bestand haben will, braucht es klare Aussagen dazu, was Wettingen in der Region im Sport effektiv anbieten will. Dies ist im einseitigen Sportleitbild, das mehr ein Inhaltsverzeichnis ist, noch zu dünn. Dann ist klar, wir haben Eckzahlen, 5 bis 8 % Steuerfuss. Wir sind uns alle bewusst, dass der Bedarfsnachweis nicht einfach zu erbringen ist. Wir müssen die Eishalle wollen. Wir wollen es, wenn es ein gutes Projekt ist. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir noch weitere Zahlen benötigen. Der zweite Punkt ist die Musterleistungsvereinbarung in der es darum geht, die öffentliche und privatwirtschaftliche Interessen ausgewogen abzustimmen. Auch dies wurde in Aussicht gestellt und soll vorliegen, wenn wir über den Projektierungskredit abstimmen. Nochmals: es ist ein gutes Projekt. Es ist ein Projekt, das prozesshaft stufengerecht umgesetzt wird. Es ist für uns aber noch nicht gut genug. Es hat einige Personen bei uns, die dieses Projekt bereits auf heutigem Stand ablehnen. Darum denken wir, die Akzeptanz ist und bleibt kritisch. Je besser das Projekt wird, umso höher die Akzeptanz.

19.45 Uhr: Pius Benz und Marie Louise Reinert treffen ein.

Martin Egloff: Das Projekt hinterlässt einen ganzheitlichen und harmonischen Eindruck und zeugt von einer hohen Arbeitsqualität. Viel zu diskutieren gaben bei uns der Wellnessbereich und das Aussenwarmbecken. Vor allem der energetische Aufwand für das Aussenwarmbecken ist zu hinterfragen. Es erscheint mir persönlich etwas paradox, in unmittelbarer Nähe der schweizweit hochwertigsten Thermalquelle mit einer Wassertemperatur von 46°C ein Aussenwarmbecken derart energieaufwändig aufzuheizen und zu betreiben. In der Gesamtbetrachtung und hinsichtlich der Attraktivitätssteigerung der Anlage erscheinen aber auch diese beiden Projektteile Option Wellness und Erweiterung Aussenwarmbecken als sinnvoll und werden von uns grossmehrheitlich unterstützt. Eine allfällige Photovoltaik könnte durch das EW, aber durchaus auch durch Private finanziert und betrieben werden. Die Dachfläche kann an Dritte vermietet werden. In Anbetracht einer künftigen Einspeisevergütung dürften sich Investoren finden lassen. Wir sind gespannt, wie im Finanzplan die Gesamtbetrachtung von Wettingen mit den noch zu realisierenden Schulbauten in der Grössenordnung von 40 Mio. Franken sowie weiteren Bedürfnissen aussehen wird. Wichtig für unsere Fraktion ist, dass man sich bewusst ist, dass künftige kostenintensive Bedürfnisse der Gemeinde womöglich auf das Nötigste reduziert werden müssten sowie Politik und Einwohner sich dessen bewusst sind. Der Steuerfuss dürfte sonst noch stärker nach oben bewegt werden, als dies heute schon prognostiziert wird und wir das alle wollen. Nichtsdestotrotz in Anbetracht dieses ausgezeichneten Projektes und der steigenden Bewohnerzahlen in der Region ist das geplante Sport- und Erholungszentrum trotz der hohen Investitionen zu unterstützen.

Thomas Benz: Wir haben bereits viel über Energie gehört, was auch für uns ein wichtiges Thema ist. Wir möchten aber eine ganzheitliche Betrachtung anstreben. Energie ist ein Thema, es gibt aber auch noch andere Punkte, die für uns eine zentrale Rolle spielen. Dem Gemeinderat wurde für die Transparenz bereits gedankt. Dies möchte ich auch nochmals betonen. Wir hoffen, dass es in diesem Rahmen weiterläuft.

Wir waren imm up to date und miteinbezogen. Dies schätzen wir sehr. Tägi - das ist ein Begriff, den jede Wettingerin und jeder Wettinger kennt. Es gibt wahrscheinlich wenige Orte in unserer Gemeinde, die so bekannt sind. Das Tägi ist ein Ort, welcher verbindet, in Wettingen und in der Region. Ein Ort, wo Sport, Kultur und auch Messen Platz haben. Für die CVP-Fraktion und wahrscheinlich für alle Wettinger ist das Tägi ein Ort von grosser Wichtigkeit. Geld ausgeben macht selten Spass. Meistens müssen wir sanieren oder instandhalten. Dies führt nicht wirklich zu einem Mehrwert. Beim Tägi ist es etwas anderes. Dies ist ein Projekt, für welches wir viel Geld investieren, aber mit welchem wir für breite Bevölkerungsschichten einen grossen und sichtbaren Mehrwert generieren können, welchen wir alle erleben werden können. Selten prallen aber so viele Anspruchsgruppen, Ideologien, Parteien, Fraktionen, einzelne Personen mit unterschiedlichen Wünschen und Ideen aufeinander. Es ist ein Projekt, das verzwickelt und verzeigt ist. Das Tägi wird scheitern, wenn jeder und jede nur in seine Richtung zieht. Es ist ganz wichtig, dass alle ziehen. Wir haben auch unsere Visionen und Ziele, die wir umsetzen möchten. Ab und zu muss man aber das Seil auch loslassen, damit das Projekt im Gleichgewicht bleibt und das Tägi so realisieren können. Energie ist uns auch sehr wichtig. Wir sind aber überzeugt, dass wir mit den Massnahmen plus der Photovoltaikanlage, ein sehr gutes Projekt haben. Nicht nur ein gutes, sondern sicher ein Projekt, das über dem Guten, über dem 08/15 liegt, auch bezüglich Energie. Uns ist es wichtig, dass dies so umgesetzt wird. Es gibt aber auch den anderen Aspekt, den betriebswirtschaftlichen Aspekt, welcher uns auch sehr am Herzen liegt. Wir wollen, dass die Vereine und die Bevölkerung auch in Zukunft die Anlage zur vernünftigen Konditionen nutzen können. Dazu ist es wichtig, dass die Anlage auch so realisiert wird, damit sie betriebswirtschaftlich funktionieren kann. Wir sind klar für das Aussenwarmbecken, auch wenn es energetisch etwas hinten an steht. Auf der anderen Seite kann man sagen, dass ein grosser Teil der Abwärme des Eisbereiches genutzt werden kann, um das Aussenwarmbecken zumindest in den Wintermonaten zu wärmen. Auf der anderen Seite ist es betriebswirtschaftlich sehr wichtig. In dieser Option ist uns der betriebswirtschaftliche Aspekt vorstehend in Vergleich zum Energetischen. Die CVP Wettingen begrüsst alle Anträge des Gemeinderates und freuen uns auf die Weiterentwicklung des Projektes. Wir hoffen, dass wir die Unterstützung haben, dass nicht jeder in seine Richtung zieht und schlussendlich das gute Projekt daran scheitern wird.

Jürg Baumann: Die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen das Tägi oder eine Überdachung des Eisfeldes. Sie ist aber gegen die Halle mit Mehrfachnutzung, gegen das Aussenwarmbecken und gegen die Saunalandschaft. Mit dem Botta-Projekt und dem Trafo 2 sind zwei Projekte bereits so weit gediehen, dass sie kurz vor dem Start stehen. Die Inbetriebnahme dieser beiden Projekte wird ganz sicher vor Fertigstellung des Tägi sein. Aus dieser Sicht macht es für uns keinen Sinn, dass wir die gleichen Dienstleistungen in Wettingen anbieten, wie man sie auch in Baden haben kann. In Baden hat man für das Aussenwarmbecken Wasser mit 46°C zur Verfügung, in Wettingen muss man es aufheizen. Aus dieser Sicht macht es für die SVP-Fraktion keinen Sinn, dem Gesamtprojekt in dieser Dimension zuzustimmen. Die angestrebte 0 aus betrieblicher Sicht wird nicht erreicht, wenn die beiden Badener Projekte vorgängig fertig sind. Dann muss der Gemeinderat nochmals über die Bücher, dh. das Defizit des Betriebes wird grösser und die Gemeinde muss noch mehr Mittel einschliessen. Die prognostizierte Steuererhöhung von 5 % bis 8 % nur durch das Tägi ist sicher nur die halbe Wahrheit, da noch Schulraumbauten anstehen, die nach meiner Schätzung bis 2017 30 bis 40 Mio. Franken verschlingen werden. Die SVP-Fraktion kann einem Projekt Tägi ganz sicher zustimmen, wenn es eine abgespecktere Variante gibt, also ohne Halle mit Mehrfachnutzung, sondern ein gedecktes Eisfeld sowie einer Ertüchtigung gemäss bestehendem Projekt. Auch mit diesem ganzen Megaprojekt wird

der Steuervorteil gegenüber den Nachbargemeinden verspielt. Es stellt sich die Frage, ob dies wirklich sinnvoll ist.

Marie Louise Reinert: Die Fraktion EVP/Forum5430 begleitet die Überführung der Vision Tägi in die Realität mit kritischem Blick und kompetenter Mitarbeit. Unser Vertreter aus der Fraktion in der Begleitgruppe ist der Präsident persönlich, wir sind also sehr gut informiert. Ich möchte vorausschicken bezüglich Überlegung bzgl. Steuerfuss: ich habe im Zusammenhang mit Gemeinderating gelesen, dass der Begriff Steueroase in diesem Kontext unter den Kriterien nicht mehr so weit oben steht. Sondern dass eine Gemeinde, die etwas zu bieten hat, für ihre Bürgerinnen und Bürger schaut und ihr Gärtli pflegt, mehr Gewinn hat, als wenn der Steuerfuss niedrig ist. Im Bericht zum Betreibermodell steht, dass der Wellnessbereich und die Eishalle deutlich und ausdrücklich unterschieden werden vom Angebot Hallen- und Gartenbad und Kunsteisbahn. Hallen- und Gartenbad, also Wasser, und Kunsteisbahn, also Eis, diene zur Erfüllung der sozial- und gesundheitspolitischen Forderungen. Was darüber hinausgehe, sei Profitcenter, also Luxus. Es muss rentieren. Hat der Bericht zum Thema Betreibermodell unser Vertrauen? Er hat es, wenn wir an die Personen denken, die dahinter stehen. Er hat es etwas weniger, wenn wir den Werbespot zum Bereich Wellness lesen. Er ist im Bericht Antrag Gemeinderat. Wir haben uns nun zum Vertrauen entschlossen. Die Spezifizierung des Tägi im Bereich Wellnessangebot gegenüber anderen Angeboten in der Region ist wichtig. Auf der Homepage der Stadt Baden erhält man zum Thema Wellness Thermalbad, Blumen, Fitnesscenter, Hamam, Limmathof, Novum Spa, Private Spa, Schwizer Hof, Prana Yoga und Linde. Ich denke, die Anmerkung, unser Angebot sei etwas anderes, ist wirklich noch eine Aufgabe. Wenn wir mutig sind, sagen wir Ja zum Aussenwarmbecken als Bereicherung des Wellnessbereiches. Dazu hat sich unsere Fraktion durchgerungen. Ich möchte noch eine Bemerkung zur Subjektfinanzierung machen. Wir sind gespannt darauf, ob dies den gewünschten Transparenzgewinn bringen wird. Ein Wort zur Platzgestaltung: wenn der gesamte motorisierte Individualverkehr über den Tägi-Platz geführt wird, ist es dann noch ein Platz wie wir uns dies vorstellen? Ich bin sicher, dass nach einem Überdenken die nötige Optimierung herbeigeführt wird. Ein letztes Wort zum Sportpolitikleitbild. Es sollte nicht nur auf den Tägi-Bau fokussiert werden. Es gibt viele Menschen, die haben andere Bewegungsbedürfnisse als im Wasser und auf dem Eis. Es gibt auch Rollbrettfahrer etc., die auch ein Anrecht auf Sportmöglichkeiten in der Gemeinde haben. Wir werden den Auftrag für den Planungskredit unterstützen. Wenn Wettingen immer mehr Einwohner anzieht, müssen diese sich auch bewegen können.

Dacfev Dzung: Ich spreche für WettiGrünen. Auch ich bin beeindruckt von dieser Vorlage. Ich würde gerne Begeisterung oder Euphorie für den Entwurf teilen. Es ist vor allem lobenswert, dass auf das Thema Energie besonders tief eingegangen wurde, wohl auch dank den Forderungen, die wir in der Fraktion gestellt haben. Insbesondere sind wir auch stolz darauf, dass wir 20 % des Stroms mit einer neuen Anlage sparen können. Wir müssen uns aber auch folgendes überlegen: seit Beginn der Planung dieser Anlage hat sich doch einiges geändert in der Welt. Stichworte dazu: Fukushima, der durch den Bundesrat beschlossene Atomausstieg, Klimaerwärmung, 2000-Watt-Gesellschaft. Was bedeutet 200-Watt-Gesellschaft überhaupt? Dass wir unseren Energieverbrauch auf einen Viertel des heutigen Verbrauchs reduzieren müssen in den nächsten 40 Jahren? Haben wir begriffen, was dies bedeutet? Können wir weiter machen wie gehabt? Können wir business as usual machen, wie es in den Szenarienüberlegungen heisst. Ich glaube nicht. Es genügt nicht, 20 % des Strom zu sparen, sondern wir müssen auf 20 % reduzieren. Es ist klar, dass dies nicht ohne Verzicht und Komforteinsparungen geht. Aus dieser Sicht scheint ein Projekt, dass für die nächsten 40 Jahre eine Anlage plant, die eine riesige Eishalle hat, ein beheiztes Aussenwarmbecken, Sauna etc., überdimensioniert. Es liegt energiepolitisch

vollkommen quer in der Landschaft. Die Energie wird knapp und wird massiv teurer. Hat man den Ernst der Lage erkannt, wenn man jetzt 8 Monate im Jahr Schlittschuh fahren will? Ist dies unsere höchste Priorität? Ich glaube nicht. Was man spätestens seit letztem Jahr gelernt haben sollte, ist, dass man für die Ertüchtigung des Tägi ein neues Projekt braucht. Ein Projekt mit dem Ziel, den Energieverbrauch auf 20 %, und nicht um 20 % zu reduzieren. Dies wäre der richtige Weg für die Zukunft. Es wäre eine Gelegenheit für Wettingen, schweizweit etwas Visionäres im energiepolitischen Bereich zu realisieren. Etwas, auf das wir auch in 40 Jahren noch stolz sein können. Ich werde deshalb gegen diesen Antrag auf Projektierungskredit stimmen. Ich hoffe, dass es in Wettingen eine energiepolitische Wende geben wird.

Helen Suter: Ich deponiere an dieser Stelle zwei Anliegen der Bevölkerung. Ganz im Sinne von "zurück zu den Wurzeln" unterstütze ich das Anliegen, dass wir offiziell aus unserem Tägi wieder das Sportzentrum Tägerhard machen. Ortsunkundige, die mit dem Bus anreisen, wissen nicht, ob sie im Tägipark bereits an ihrem Ziel sind. Wenn wir als offiziellen Begriff wieder Sportzentrum Tägerhard machen würden, wäre der Fall klar. Im Busfahrplan zum Beispiel heisst es wirklich Tägipark und drei oder vier Stationen weiter Tägi. Jemand, der nicht ortskundig ist, weiss nicht, wo er schwimmen gehen kann. Für uns alle wird unser Sportzentrum Tägerhard immer unser Tägi bleiben. So wie auch Bad Zurzach für Insider immer Zurzi bleiben wird. Oder Spreitenbach für die Einheimischen Spreiti. Wenn wir offiziell wieder zum Namen Sportzentrum Tägerhard kämen, gäbe dies auch etwas her. Das zweite Anliegen betrifft den Kiosk im Gartenbad: der Benutzer des Gartenbades ist nicht sicher, ob der Kiosk geöffnet hat oder nicht. Deshalb ist auch der Umsatz des Kioskes nicht so gross. Ich habe in den Unterlagen nichts gefunden, wie das gedacht ist. Dies gehört sicher auch zu den Feinausarbeitungen. Ich möchte deponieren, dass die Bevölkerung es schätzen würde, wenn der Kiosk so betrieben wird, dass die Besucher wissen, wenn das Bad geöffnet ist, ist auch der Kiosk geöffnet.

Gemeindeammann Dr. Markus: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ein paar Worte allgemeiner Natur zu sagen und danach auf die Voten direkt einzugehen. Im Zeitraffer: Am 9. Januar 2012 fand die Infoveranstaltung in diesem Saal statt, daran haben fast alle Einwohnerräte teilgenommen. Es haben alle die verteilten Unterlagen erhalten. Ich gehe davon aus, dass Sie davon Kenntnis haben. Wir haben im November 2007 die Machbarkeitsstudie mit dem Modul 1 Ertüchtigung und Modul Eisnutzung mit Variante 3 beschlossen. Ich bitte Sie, die Beilage 1 (November 2007) hervorzunehmen, besonders die SVP, welche nun eine andere Variante vorschlägt, als der Gemeinderat als Auftragnehmer von Ihnen entgegengenommen, 5 Jahre daran gearbeitet und viel Geld ausgegeben hat. Damals im November 2007 wurde beschlossen, in diese Richtung zu gehen und die Ergebnisse im Sinne der Volks- und Bürgerhoheit, wie die SVP immer hochhält, dem Bürger zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Der zweite Punkt war die Durchführung des Wettbewerbes mit Präqualifikation mit dem Sieger Morillon, 2 Beratungen im Einwohnerrat mit Grundsatzentscheid zu den zu wählenden Optionen. Ich betone: wir müssen heute die Optionen wählen, sonst können wir den Projektierungskredit nicht ausarbeiten. Es hat sich bewährt, 2 Beratungen durchzuführen. Dazwischen wurde viel gearbeitet, auch zwischen der Beratung von September und heute. Es wurde viel gedankt heute Abend. Ich möchte diesen Dank auch seitens des Gemeinderates und seitens der Kerngruppe an die Wettbewerbskommission zurückgeben und vorallem an Sie Einwohnerräte. Wir haben die Beratungen nicht nur zum Spass durchgeführt. Die erste Beratung hat wesentliche Inputs gegeben. Der Energiebereich wurde angesprochen. Die Inputs konnten wir aufnehmen und den Fachleuten weitergeben und diskutieren sowie einarbeiten. Insofern ist es ein Projekt, das wir gemeinsam erarbeitet haben und es handelt sich nicht um einen hoheitlichen Akt des Gemeinderates. Der Gemeinderat will das Tägi

nicht für sich. Der Gemeinderat ist Bestellungsempfänger und hat ihren Auftrag als Parlament, als Volksvertreter, wahrgenommen und die Ausarbeitung des Projektes vorgenommen. Weiter möchte ich betonen: seien Sie sich bewusst: 400'000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr kommen ins Tägi, durchschnittlich über 1'000 Besucher pro Tag. Es handelt sich also um ein Jahrhundertprojekt, über welches Sie heute befinden und die Bedürfnisse dieser Personen wahr nehmen. Was machen wir heute eigentlich? Ich habe mir heute Nachmittag die Mühe genommen ins Archiv zu steigen und habe die Einwohnerratsunterlagen und das Protokoll vom 18. Dezember 1969 hervorgehoben. Die Voten ähneln sich sehr denjenigen von heute Abend, sie sind fast gleich. Wenn ich die Volksabstimmungsunterlagen anschau, stimmt das Bild von damals mit dem heutigen vollkommen überein. Wir haben ein Hallenbad, zwei Eisfelder. Der einzige Unterschied gegenüber früher ist die Entwicklung in den Energiefragen, die nicht nur aufgrund der tragischen Ereignisse von Fukushima zustande kam. Wir kamen deshalb auch zum Schluss, dass es energiemässig wenig sinnvoll ist, 2 Eisfelder irgendwo offen auf dem Feld zu haben, die bei den heutigen Temperaturen energetisch keinen Sinn machen. Neben der Teilüberdachung gingen wir auch einen Schritt weiter, weil das Bedürfnis auch vorhanden ist, eines der Eisfelder in eine überdachte Halle zu packen, um es auch neben dem Eislaufen nutzen zu können. Das ist der einzige Unterschied plus eine attraktivere Gestaltung des Bades mit der Möglichkeit, draussen zu schwimmen sowie der Sauna, die nicht mehr im Keller ist. Seite 490 des Protokolles der damaligen Einwohnerratssitzung: "Gemeindeammann Dr. Hess glaubt, dass man insbesondere in der Woche Freude empfinden muss, eine so bedeutende Vorlage behandeln zu können, nachdem in den vergangenen Jahren stets gesetzlich gebotene und dringend notwendige Aufgaben gelöst werden mussten. Die Gemeinde hat jedoch einen Nachholbedarf. Eine Gemeinde in der Grössenordnung von Wettingen steht es wohl an, für die Bevölkerung ein Gartenbad, ein Hallenbad, eine Kunsteisbahn und ein Mehrzwecksaal zu schaffen. Solche Anlagen sind heute kein Luxus mehr. Würde man diese Bauten einzeln verwirklichen, so müsste man zweifellos mit höheren Erstellungs- und Betriebskosten rechnen. Glücklicherweise kann nun im Tägerhard ein Werk geschaffen werden, das die einzelnen Anlagen in einer konzentrierten und wirtschaftlichen Gesamtanlage zusammenfasst. Das ist ein Vorteil, wie man ihn selten findet. Mit der Verwirklichung dieser grossen und einmaligen Aufgabe will man in erster Linie der Bevölkerung dienen." Hätte ich Ihnen dies heute so vorgelesen ohne zu sagen, es sei aus dem Jahr 1969, hätten Sie es nicht gemerkt. Es ist noch immer das Gleiche. Hier müssen wir anknüpfen, dies sind wir unseren Vorfahren schuldig. Ich möchte nun zu den Fragen kommen bzw. auch zu den Statements der Fraktionen. Zur SP: Herzlichen Dank für das Votum betreffend Vorzeigeprojekt. Arbeitet man so lange und intensiv gemeinsam daran, sollte es auch ein solches geben. Auch der transparente Prozess unter Miteinbezug des Einwohnerrates und der Bevölkerung war dem Gemeinderat stets ein grosses Anliegen, vor allem auch von Anfang an für die technischen Belange, die ganze Haus- und Energietechnik, Fachleute beizuziehen, damit wir Ihnen eine gute Vorlage unterbreiten konnten. Ich glaube, es ist uns gelungen. Wie wird der Strom produziert? Die thermische Solaranlage wird begrüsst. Dies ist ein Beispiel, welches aus dem gesamten gemeinsamen Prozess herausgekommen ist. Der Gemeinderat schreibt sich dieses Resultat nicht auf die eigene Fahne. Hier haben Sie uns vorangetrieben! Zur Photovoltaikanlage: Wir haben heute Morgen nach Vorliegen des Protokolls der Verwaltungskommission EW definitiv beschlossen, die Photovoltaikanlage auf den zur Verfügung stehenden Flächen zu realisieren. Der Gemeinderat wird Ihnen diesen Antrag in verbindlicher Form vorlegen. Er wird in der Mai-Sitzung zusammen mit dem Projektierungskredit einen verbindlichen Kreditantrag für die Erstellung einer Photovoltaikanlage unterbreiten. So wird auch die geforderte Rechtsverbindlichkeit erreicht. Die eingereichten Motionen und Postulate zum Energiebereich: wir haben Ihnen gesagt, dass wir am 15. März 2012 das Energieleitbild unterbreiten und Ihre

Meinung zur energetischen Richtung von Wettingen abholen möchten. Die gemachten Anregungen zur Energie der SP nehmen wir gerne entgegen. Zum Verkehr: Sicherheit der Haltestelle Tägi: Die Baden Regio hat gestern getagt und festgehalten, dass das Tägi ein regionales Projekt ist, dass Baden Regio im Mai über den Verteilschlüssel der Gemeinden einen Entscheid fällen wird. In der März-Sitzung wird den 20 Gemeinden der Baden Regio ein Entwurf unterbreitet. Bezüglich Tägi-S-Bahnhaltstelle hat Baden Regio gestern beschlossen, dass es von regionalem Interesse ist, dass die S-Bahnhaltstelle als A-Projekt im Agglomerationsprogramm 2. Generation aufgenommen wird. Es war bereits im Agglomerationsprogramm 1. Generation enthalten, wo es zurückgestuft wurde. Wir haben es nun nochmals aufgenommen ins Agglomerationsprogramm 2. Generation, damit wir die maximale Beteiligung von 40 % erhalten würden. Auch im Zukunftsbild der Entwicklung der Region sowie auch im regionalen Entwicklungskonzept der Baden Regio und dem kantonalen Richtplan ist die S-Bahnhaltstelle zusammen mit einer zukünftigen Limmattalbahnhaltstelle als öV-Umsteigeknoten markiert und taxiert. Die Wichtigkeit können wir fast nicht deutlicher unterstreichen. Der Gemeinderat hat heute beschlossen, einen Antrag an den Kanton zu stellen, dass die Tägi-Haltstelle als A-Projekt enthalten ist. Die Anregung bezüglich Verkehrsführung Tägiplatz nehmen wir gerne entgegen. Auch im Hinblick auf den Projektierungskredit. Es handelt sich ja nicht um eine wählbare Option, aber um eine gute Anregung. Es wäre schade, wenn die Aussengestaltung, die 4 Mio. Franken kostet, nichts bringt weil sie nicht genutzt werden kann. Zum Aussenwarmbecken komme ich später noch. Zum Betreibermodell: Das vorliegende Sportbild ist eine Lightversion, es ist wie das Leitbild der Gemeinde zu betrachten. Wir haben auch ein weniger konkretes Leitbild und legen danach die Handlungsgrundsätze im Gemeinderat fest für beispielsweise die Siedlungsentwicklung. So ist es auch beim Sportbild, wo später das sportpolitische Leitbild folgen wird. Darin werden die konkreten Grundsätze geregelt, wie die Nutzungen und Sportförderungen in der ganzen Gemeinde, u. a. im Tägi, gleich behandelt werden können. Dies wird weiter verfolgt. Die Musterleistungsvereinbarung kommt mit dem Projektierungskredit. Vielen Dank für das Prädikat gutes Projekt. Zur FDP: Auch hier danke für das Lob. Hier möchte ich zur Vergleichsfrage mit dem Projekt Botta und Trafohalle Stellung nehmen. Dieser Vergleich ist nämlich falsch. Es handelt sich nicht um die gleiche Dienstleistung wie in Wettingen. Dazu können die Fachleute, wenn der Präsident dies erlaubt, Stellung nehmen. Zu Photovoltaikanlage und Finanzplan komme ich später kurz zu sprechen. CVP: Danke für die gute Aufnahme. SVP: Es ist erfreulich, dass sie nicht gegen das Tägi und die Überdachung des Ausseneisfeldes ist. Aussenwarmbecken und Sauna, nicht Wellness, wir haben bewusst diesen Namen nicht mehr geändert. Er ist verwirrend. Das was Marie Louise Reinert gesagt hat, stimmt. Wenn Sie in Baden Wellness anklicken, kommt echt Wellness. Und unser Angebot ist nicht echt Wellness, sondern eine Saunalandschaft, das ist nicht dasselbe Angebote. Das sind ganz andere Komponenten. An dieser Stelle etwas zum Finanzplan: Wir haben Ihnen gesagt, dass wir von 5 % bis 8 % Steuererhöhung ausgehen. Das ist eine Tendenzmeldung, welche wir immer auf den Optionsentscheid angekündigt haben. Wir können Ihnen den detaillierten Finanzplan unterbreiten, wenn wir wissen, welche Optionen Sie wünschen. Deshalb kommt der detaillierte Finanzplan mit dem Projektierungskredit im Mai. Der detaillierte Finanzplan wird Aussagen machen, was bedeutet dies finanztechnisch, wenn wir das Tägi mit diesen Optionen bestellen, welche Auswirkungen hat dies auf den Steuerfuss und die Finanzlage der Gemeinde. Nur das, was das Tägi alleine betrifft. Es wird eine zweite Aussage im Finanzplan geben: Was bedeutet es, wenn man das Tägi so wie heute beschlossen, macht und wenn noch zusätzlich das, was im Investitionsprogramm enthalten ist, also Schulbauten etc., realisiert wird. Das ist die eine Art des Finanzplans, erstellt nach den heutigen Grundsätzen. HRM2 liegt heute noch nicht vor. Wir können nicht auf der einen Seite die HRM2-Grundsätze für die Abschreibungen der Investitionen im Tägerhard verwenden und auf der anderen Seite

aber für die gesamte Finanzlage der Gemeinde die Eigenkapitalisierung nicht berücksichtigen würden. Es gäbe zu Gunsten des Tägi ein falsches Bild. Deshalb haben wir beschlossen, den nach den heute geltenden finanztechnischen Grundsätzen erstellte Finanzplan durch die BDO Visura extern unter Einbezug des Gemeindeinspektorates überprüfen zu lassen. Wir möchten 2 Aussagen: Ist der Finanzplan plausibel, richtig und wahr? Wie sieht es aus, wenn HRM2 ab 2015/2016 eingeführt wird, was sind die Konsequenzen? Diesen Bericht samt Finanzplan werden Sie auch im Mai mit dem Projektierungskredit erhalten, damit Sie eine Gesamtausgangslage haben, was dies wirklich bedeutet. Deshalb bitte ich Sie, mit Mutmassungen bezüglich Steuerfuss zurückzuhalten, bis die Fakten vorliegen. Zu EVP/Forum 5430: Eine Bemerkung am Rande: Es ist so, dass unsere Befragungen der Neuzuzüger auch ergeben, dass die Erreichbarkeit einer der ganz wesentlichen Punkte ist, aber auch die Naherholung. Gefolgt von Angebot in Schulen und im Sportbereich, also Tägi. An vierter Stelle, weshalb man nach Wettingen zieht, steht der Steuerfuss. Spezifizierung Wellness gegenüber anderen Anträgen. Dazu werden vielleicht die Fachleute noch etwas dazu sagen, damit man nicht vom Falschen spricht. Zum Einzelvotum von Helen Suter: die offizielle Bezeichnung des Tägi ist Sport- und Erholungszentrum Tägerhard, so steht es auch in der Vorlage. Wir müssten mit der RVBW schauen, ob der Schriftzug verlängert werden könnte. Die Anregung betreffend Verbesserung des Kioskbetriebes nehmen wir gerne entgegen. Besten Dank für die positive Aufnahme. Ich bitte Sie, den Anträgen so wie vorgelegt zuzustimmen. Ich werde betreffend Aussenwarmbecken nochmals sprechen und versuchen, Sie auf den Weg führen, damit wir die Chance nicht verpassen, das mutige Projekt, welches 1969 begonnen hat, weiterzuführen und nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben.

Patrick Neuenschwander: Es wurde bereits viel gesagt, weshalb ich mich kurz fassen kann bei der Begründung, weshalb wir einen Zusatzantrag stellen. Wir sind nicht gegen Wellness. Uns überzeugt aber das Aussenwarmbecken energietechnisch nicht. Unserer Meinung nach benötigt es zu viel Energie, um das Wasser während dem Jahr zu wärmen. Nach unseren Berechnungen kann nur die Hälfte der benötigten Energie aus der Abwärme bezogen werden, die andere Hälfte muss zusätzlich eingespiessen werden. Aus diesem Grund stellen wir den Zusatzantrag, dass auf das Aussenwarmbecken bei den Optionen im Modul 2 zu verzichten sei.

Thomas Meier: Zum Aussenwarmbecken möchte ich Markus Maibach zitieren und ergänzen. Er hat gesagt, wenn wir auf das Aussenwarmbecken verzichten, können wir Geld sparen, ca. 3.5 % des Kredites. Wir können Energie sparen, wir können aber auch Eintritte und Kunden sparen. Ich möchte zu bedenken geben, wenn wir verantwortliche Verwaltungsräte oder Mitglieder der Geschäftsleitung in einem kundenorientierten Unternehmen wären mit betriebswirtschaftlicher Verantwortung und uns eine nachhaltige Ausrichtung wichtig wäre, würden wir mit allen Abwägungen, welches das Aussenwarmbecken beinhaltet, diesem Aussenwarmbecken zustimmen. Anders gesprochen: wären wir Hausfrauen oder Hausmänner, die auch ein gewisses Budget zur Verfügung haben, selber sich auch nachhaltig durch diese Welt bewegen möchten und wissen, es braucht gewisse Abwägungen, würden wir auch dieses Aussenwarmbecken in die Einkaufstasche nehmen und kaufen. Natürlich findet man Argumente, die dagegen sprechen. Für uns gehört es in der Gesamtbetrachtung unbedingt zwingend dazu, abgewogen, betriebswirtschaftlich, energiebezogen. Ich möchte Sie dazu ermuntern, dem Aussenwarmbecken zuzustimmen.

Leo Scherer Kleiner: Ich war derjenige, der immer gesagt hat, Eis machen im Frühling, im Herbst wenn es noch oder schon warm ist, ist ein absoluter Luxus. Nun muss ich das um einen Punkt ausweiten: im Winter bei -10°C oder um den Gefrierpunkt schön warmes Wasser haben zu wollen, ist ein absoluter Luxus. Ich würde sogar noch

weiter gehen: es ist eine selten blöde Dummheit. Aus den Unterlagen sehe ich, dass man 82'000 kWh kostbarsten, höchstwertigsten Strom pro Jahr einsetzen will und muss, um das Aussenwarmbecken betreiben zu können. 82'000 kWh in der heutigen Zeit, in der man das Problem hat, dass der grösste Teil der fossilen Energievorräte aus dem Jahr 1969 verbraucht wurde. Damals hatte man 100 Auto pro 1'000 Einwohner, heute sind wir ungefähr bei 540. Man kann schon sagen, dass war eine mutige Tat damals. Man kann sogar sagen, es war eine tollkühne Tat. Sie zeigt sich posthum aber nur als bedingt gescheit, dass man einen so grossen Energieverbraucher in unsere Gemeinde gesetzt hat. Ich finde, das fehlt mir absolut - Dacfey Dzung hat diesen Grundsatzaspekt als einziger angesprochen - dass Sie sich überhaupt darüber Gedanken machen und sich damit auseinandersetzen. Nach dem Motto: "Schmeissen wir doch einfach diese Energie raus. Es braucht ein Aussenwarmbecken, sonst kommt die Familie nicht." Könnte es vielleicht sein, dass wir heute den Grundwert vertreten müssen, im Winter im warmen Wasser zu baden geht schon, aber nur dort, wo es natürlicherweise warm zum Boden raus sprudelt und nicht wenn wir künstliche Energie dafür einsetzen müssen, die irgendwo Ressourcen und unsere Welt kaputt macht?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Zum Aussenwarmbecken - Wellness wurde nicht angesprochen - ersehen Sie aus dem vorliegenden Traktandenbericht als auch aus dem Bericht zum Betreibermodell die verschiedenen Betrachtungsweisen, u.a. die energetische Sicht. Im Gesamtkontext gilt es, alles anzuschauen. Unabhängig von der Energiefrage ist es unbestritten, dass ein Aussenwarmbecken wie dargestellt die Attraktivität eines Hallen- und Gartenbades in kombinierter Nutzung erhöht. Dagegen kann wahrscheinlich niemand etwas sagen. Wir sind der Auffassung, dass dieser Anlageteil die Bedürfnisse von Erholungssuchenden, die nicht im Hallenbad ihre Längenschwimmen, abdecken und somit der Hallenbadbereich entlastet wird. Dies sind andere Kunden. Es gibt rein betriebsmässig eine Entlastung und eine Attraktivitätssteigerung. Es ist auch möglich, dass es dadurch neue Kunden gibt. Das Aussenwarmbecken zählt richtigerweise sicher nicht zum Grundangebot. Gerade deshalb kann man für die Benutzung dieses Anlageteils einen höheren Eintritt verlangen. Dies haben die Untersuchungen zum Betreibermodell ergeben. Mittels Zugang mit Zutrittskontrolle ist eine Wahl aller Varianten möglich: nur schwimmen, Wellness oder Aussenwarmbecken, Kombination schwimmen und Aussenwarmbecken oder Sie können direkt die Saunalandschaft via separaten Eingang betreten. Wie Vergleiche mit anderen Institutionen zeigen, wird es einen andere Klientel sein, die dieses Angebot nutzen wird. Ich bitte Sie, dies nicht zu unterschätzen. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Betriebsteil gewinnbringend sein wird und ein Deckungsbeitrag zum Grundangebot geleistet werden kann. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Zwischensaison betriebstechnisch gesehen besser ausgelastet werden kann und kostenseitig von Synergien im Personalbereich profitiert werden kann. Rund 2/3 des Hallenbaddefizits können dadurch gedeckt werden. Sind Sie sich dies bewusst und denken Sie auch an den wirtschaftlichen Aspekt. Wir sprechen gesamthaft von 2.9 Mio. Franken und 3.5 % auf der Investitionsseite für einen zusätzlichen und gewinnbringenden Anlageteil. Zum Betrieb kann Roland Kuster sicher noch ergänzen. Aus Sicht Energie: ich kann sagen, dass das Aussenwarmbecken ein wichtiger Bestandteil unseres Energiekonzeptes ist, so wie das ganze unterbreitet wird. Hier stimmt mir sicher auch Leo Scherer Kleiner zu. Es ist ein integrierender Bestandteil des Ganzen. Die Hälfte des Wärmebedarfes des Beckens wird durch direkte Abwärmenutzung aus der Eiserzeugung gedeckt. Die ist eine Tatsache. Für diese Nutzung ist allerdings eine minimale Anhebung der Abwärmtemperatur auf die erforderliche Badetemperatur notwendig. Die restliche Deckung erfolgt mittels Wärmepumpenbeheizung. Dies wurde ausgeführt. Für diese Anhebung und die übrige Beheizung werden insgesamt die 82'000 kWh elektrischer Strom eingesetzt. Es ist ein Abnehmer und ein Empfänger der Abwärme aus dem Eisbericht. Der betriebliche

Aspekt, die Attraktivierung der Gesamtanlage und die finanziellen Deckungsbeiträge überwiegen aus unserer Sicht. Es wäre sicher schön, es nur auf die Energiefragen reduzieren zu können. Dies kann man in einem Gesamtkonzept aber nicht. Macht man nichts, benötigt es natürlich auch keine Energie. Sie müssen aber die gesamte Anlage energetisch und betrieblich in einen Gesamtkontext setzen. Ich bitte Sie, packen Sie diese Chance. Die Saunalandschaft und das Aussenwarmbecken sind tragende Pfeiler des Betreibermodells. In der Gesamtenergiebilanz ist auch das Aussenwarmbecken aus unserer Sicht vertretbar. Es ist gar ein Abnehmer der Abwärme der Eisherstellung und von energetischem Belang. Finanziell macht das Aussenwarmbecken 2.9 Mio. Franken oder 3.5 % der Investitionskosten aus. Ich bitte Sie, entscheiden Sie sich für die Zukunft unseres Tägis und Wettingen. Schlachten Sie nicht die einzige Kuh, die wir aus Betreibersicht haben, bevor überhaupt ein Stall gebaut wurde.

Marie Louise Reinert: Ich habe vorhin deutlich für unsere Fraktion gesagt, dass wir das Aussenwarmbecken unterstützen, weil wir die wirtschaftlichen Überlegungen nachvollziehen können. Nun ist mir eine Frage aufgetaucht und möchte diese an die Fachleute richten. Wie ist es, wenn man die Energiefrage auch auf der wirtschaftlichen Seite betrachtet? Es steht auf Seite 8 des Traktandenberichtes, dass von den 420 MWh/a 110 MWh/a durch die Abwärme produziert werden können. Es verbleiben also 310 MWh/a, die mit Wärmepumpen als elektrischer Strom zugegeben werden müssen. Der Deckungsgrad von 150 % ist gerechnet auf wirtschaftlichen Grundlagen. Wie verhält es sich mit dem Deckungsgrad und mit dem Gewinn durch das Aussenwarmbecken, wenn die Energie massiv teurer wird?

Urs Heimgartner, Leiter Bau- und Planungsabteilung: Dies ist einfach zu beantworten. Wir haben im Betreibermodell ausgewiesen, dass der Betrieb kostendeckend sein muss. Dies hätte also einen direkten Einfluss auf den Eintrittspreis. Eine Anmerkung: Die 110 MWh/a Abwärme, die aus der Eisanlage in das Aussenwarmbecken einfließen, wären verloren bzw. würden vernichtet werden, da kein Abnehmer dafür vorhanden ist.

Gemeinderat Roland Kuster: Das Betreibermodell wurde diverse Male genannt, obwohl es sich dabei um das nachfolgende Traktandum handelt. Es ist mir aber sehr bewusst und wohl allen, die sich seit vielen Monaten mit dieser Thematik beschäftigen, klar geworden, dass das eine nicht ohne das andere einhergeht. Sie haben auch miterlebt, dass man sich die Frage immer wieder stellt, wie man einen Anlageteil letztendlich betreiben kann. Da die beiden Themen zusammengehören, müssen wir uns klar werden, dass es nur geht, wenn man eine integrale Anlage baut. Eine integrale Anlage, die dem Nutzer dient, nämlich unserer Bevölkerung. Ich bin etwas erstaunt, dass man heute Abend nicht ein Mal nutzerorientiert gesprochen hat. Ich begreife sehr wohl, dass wir über Energie diskutieren müssen. Wenn ich aber sehe, dass wir letztes Jahr im EW 3.8 % weniger Energie benötigten, weil wir einen warmen Winter hatten, und nicht unbedingt Energie gespart haben, haben wir noch ganz andere Treiber, die helfen, mehr oder weniger Energie zu verbrauchen. Ich möchte nicht verniedlichen, dass wir für ein Aussenwarmbecken Energie benötigen, aber ich möchte sie auch einem Nutzer zuführen. Wir haben im Betreibermodell klar und deutlich geschrieben, wie wir den Wellnessbereich definieren möchten. Es ist heute eine Tatsache, dass man in der jetzigen Lebensweise auch einmal etwas Ruhe haben möchte. Mit dieser Anlage, in der neben der kulturellen die sportliche Aktivität im Vordergrund steht, müssen wir den heutigen Themen gerecht werden und auch in diesem Umfeld ein Engagement betreiben. Wenn ich heute sehen, dass wir bereits 7'600 Saunaeintritte haben - also durchschnittlich 20 bis 30 Personen pro Tag, die in den Keller in eine unattraktive Saunalandschaft gehen - dann ist es doch klar und deutlich ein Bedürfnis. Diese Personen könnten heute schon in ein Hamam oder irgendwo anders hin gehen. Sie

kommen aber ins Tägi. Ihnen und allen anderen, die kommen werden, möchten wir eine attraktive Gesamtanlage bieten, die es in sich hat. Dabei habe ich noch kein Wort über die Betriebswirtschaft verloren. Noch kein Wort, dass man in dieser integralen Anlage den Finanzaspekt ganzheitlich betrachten musste. Wenn ich den Deckungsbeitrag II für das Aussenwarmbecken mit Fr. 200'000.00 errechne, wenn ich von allen Kosten, ausser allfällige Auslagen im Fixbereich, z.B. ein Management, ausgehe, dann ist diese Anlage in knapp 20 Jahren bezahlt. Im Übrigen möchte ich noch ein paar Dinge zur Nutzung sagen. Es ist uns aus Sicht der Nutzung wichtig, dass wir Wasserflächen anbieten können. Wenn Sie öfters zu Besuch sind im Tägi, wissen Sie, dass wir zu wenig Wasserflächen haben. Ich, als Verantwortlicher für den Betrieb, hätte gerne eine Traglufthalle gehabt. So hätte man auch die Personen, die 50 m bzw. lange Distanzen schwimmen möchten, nicht im Hallenbad gehabt. Man hätte auch die Schulklassen in der Traglufthalle ihren Schwimmunterricht absolvieren lassen können. Dies ist aber aus energetischen Gründen - dies sehe ich auch ein - wirklich nicht möglich. Aber wenn wir es schaffen, eine gewisse Entlastung des Wassers zu erreichen, gibt dies eine Kampfwertsteigerung für das Trägerhard und vor allem eine Wohlfühlsteigerung für unsere Besucher. Ich komme nochmals auf die Energie zurück. Wir haben nicht nur 20 % Strom eingespart, sondern wir haben auch 150'000 Liter Heizöl eingespart. Das gibt eine Einsparung in den Energiekosten von rund Fr. 200'000.00 bis Fr. 220'000.00. Dies wäre der Beitrag an die Betriebsgesellschaft, die im Kostenbereich auf einem tiefen Niveau arbeitet. Bei Marie-Louise Reinert ging ich in die Schule und habe viel gelernt bei ihr. Ich möchte ihr mit auf den Weg geben, Profitcenter heisst nicht Luxus. Profitcenter ist eine Betrachtungsweise, in der man sagt, welche Organisationseinheit einheitlich betrachtet wird und ob sie Profit erwirtschaften kann oder darf.

Abstimmung

Der Antrag der SP

Auf das Aussenwarmbecken ist bei den Optionen im Modul 2 zu verzichten.

erhält 23 : 23 Stimmen, bei 1 Enthaltung. Der Präsident fällt den Stichentscheid zu Gunsten des Aussenwarmbeckens. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Thomas Benz: Zu Modul 2, Optionen Sicherheitssystem Überwachung Schwimmbecken Wir sind natürlich nicht gegen das Sicherheitssystem. Unsere Frage ist vielmehr, ob dies nicht auch in den Beschluss, ganz am Ende, gehört. Dort fehlt das Sicherheitssystem.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Auf Seite 20 ist es aufgeführt und im Gesamtbetrag berücksichtigt. Formell müsste man es im Antrag aufnehmen. Deshalb möchte ich beliebt machen, das Sicherheitssystem genau gleich zu behandeln wie die Solaranlage thermisch.

Marco Kaufmann, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen dazu erfolgen, gehe ich davon aus, dass Sie einverstanden sind, wenn ich dies im letzten Teil des Antrages erwähnen werde. Ich verzichte deshalb auf eine Abstimmung betreffend diesem Zusatz.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Wettbewerbsresultat 'Wettbewerbsverfahren für die Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard'. (mit 32 : 15 Stimmen)
2. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, eine Vorlage Projektierungskredit 'Ertüchtigung und Erweiterung Sportzentrum Tägerhard' auszuarbeiten. (mit 32 : 15 Stimmen)
3. Das Projekt umfasst das Modul 1 Mehrzweckhalle (Ausseneisfeld, Einstellhalle, Rückbau Altbauten), mit der Option Überdachung Ausseneisfeld und Vorbereitungsmaßnahmen für eine spätere Realisation des Sporthotel sowie das Modul 2 Ertüchtigung Bestand, mit der Option Wellness, den Erweiterungen Kinderplanschbecken und Aussenwarmbecken, einer thermischen Solaranlage sowie einem Sicherheitssystem Überwachung Schwimmbecken. (mit 30 : 15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)

6. Bericht der Arbeitsgruppe Betreibermodelle Tägi im Zusammenhang mit der Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard

Reto Würmli, Vertreter Finanzkommission: An der Einwohnerratssitzung vom 8. September 2011 wurde der Zwischenbericht des Betreibermodells, mit einigen Anmerkungen zu verschiedenen Themen zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderat hat diese Diskussionen und Anregungen über die verschiedenen Themen aufgenommen und die eingeschlagene Richtung des Betreibermodells beibehalten und ergänzt.

Das Sportleitbild der Gemeinde Wettingen von 2001 wurde grundsätzlich übernommen und liegt dem Einwohnerrat in der Fassung vom 16. Dezember 2011 vor.

Im Punkt 6 Finanzierung wurde das Konzept unter Einbezug der Nachbarn erwähnt und auch hier die erste Schätzung der Auswirkungen auf den Finanzplan und den Steuerfuss aufgeführt.

Wichtig scheint der Finanzkommission der Termin der Auswahl der Betriebs-AG, betreffend der Leistungsvereinbarung. Es ist sicher sinnvoll den zukünftigen Betreiber vor der Detailplanung zu bestimmen, damit dieser seine Anregungen und Wünsche zu Abläufen einbringen kann.

Die Finanzkommission schlägt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme des Berichtes der Arbeitsgruppe Betreibermodelle Tägi im Zusammenhang mit der Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard vor.

Abstimmungsverhältnis 5:0 mit 2 Enthaltungen (7 Anwesende)

Yvonne Vogel: Die FDP-Fraktion dankt für den ausführlichen Bericht der Arbeitsgruppe und sieht im angestrebten Betreibermodell eine gute Chance. Unklar für uns ist nachwievor die Zeitspanne für die Suche eines Betreibers sowie wie die Alternativlösung aussehen würde, wenn kein geeigneter Betreiber gefunden würde.

Von diesem Szenario muss auch ausgegangen werden. Dazu wünschen wir uns weitere Informationen.

Josef Wetzel: Unser Fraktionssprecher hat bereits das Meiste, was unsere Fraktion zum Betreibermodell zu sagen hat, ausgeführt. Ich möchte folgendes zu bedenken geben. Die Wahl eines privatwirtschaftlichen Betreibermodells hat auch Auswirkungen auf das Personal, welches bereits heute seinen bestehenden Arbeitsplatz in der Anlage hat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden einen Wechsel des Arbeitgebers erleben. Unsere Fraktion legt grossen Wert darauf, dass das Tägi-Personal, vertreten durch den Personalverband der Gemeindeverwaltung, frühzeitig in die Planung dieses Überganges miteinbezogen wird. Es muss sichergestellt werden, dass die Mitarbeitenden des Tägi bei ihrem neuen Arbeitgeber Arbeitsverträge erhalten, die ihnen bezüglich Entlohnung, Arbeitszeitregime, Ferienregelung und Pensionskassenvertrages keine Nachteile einbringen werden. Weil ja der Betreiber dieser Anlage schon bald ausgelesen wird, denken wir, dass es auch bald Zeit sein wird, auch an diesen Aspekt zu denken und in die weiteren Planungen miteinzubeziehen.

Marie Louise Reinert: Zum Betreibermodell haben wir schon gesagt, dass wir das Vertrauen in die Personen und ihre Überlegungen haben. Ich möchte unterstreichen, was mein Vorredner gesagt hat. Auf Seite 12 des Betreibermodelles steht "Flexiblere Anstellungsbedingungen beim Personal". Ich möchte unterstreichen, dass wir nicht möchten, dass dies auf Kosten des Personals geschieht.

Thomas Benz: Wir haben heute alle die Imagebroschüre erhalten. Als Titel steht bei den Vereinen "Sie gehören dazu!". Die CVP-Fraktion würde den Titel etwas anders setzen, nämlich "Die Vereine - sie prägen Wettingen". Dies einleitend. Die CVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Antrag. Die Ausgliederung aus der Verwaltung ist richtig aus unserer Sicht. Das Unternehmen Tägi braucht kurze Wege und schlanke Strukturen. Wir hoffen, dass das Unternehmen Tägi sich auch in Zukunft der Nachfrage stellen und marktgerechte Angebote bieten kann. Persönlich hoffe ich, dass im Rechenschaftsbericht nicht mehr steht "Die Tennisbegeisterung hat allgemein weiter abgenommen." Die GPK-Mitglieder kennen dieses Zitat nur zu gut. Marktgerecht bedeutet für mich, dass man nach zwei oder drei Jahren Anpassungen oder Veränderungen vorgenommen hat, damit man diesen Satz nicht mehr schreiben muss. Unter Wirtschaften versteht die CVP-Fraktion nicht einfach Gewinnmaximierung. Es braucht ein Miteinander, in dem Vereine, Kulturveranstaltungen und das Unternehmen Tägi wirtschaftliche Anlässe aquirieren. Mit Spannung warten wir auf die Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung. Wir werden uns in Zukunft für Vereine und die lokale Bevölkerung einsetzen. Für über 80 Mio. Franken Ausgaben erwarten wir, dass auch die Vereine und lokale Bevölkerung davon profitieren können. Über die Gemeinde, die weiterhin Hauptaktionärin bleiben soll und wird, werden wir auch in Zukunft, allerdings nicht mehr so direkt wie bisher, aber doch über ein Hintertürchen, Einfluss nehmen können.

Gemeinderat Roland Kuster: Ich nehme sehr gerne Stellung zu den aufgeworfenen Fragen. Es freut mich, dass unser Bericht so Anklang findet. Selbstverständlich ist noch nicht alles in Stein gemeisselt und selbstverständlich gibt es noch die eine oder andere Fragestellung. Ich beginne am Anfang. Zur FDP betreffend Zeitspanne: Wir haben Ihnen versprochen, dass wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Projektierungskredit eine Musterleistungsvereinbarung vorlegen möchten. Die Leistungsvereinbarung ist das A und O für den Betrieb des Tägerhard. In der Leistungsvereinbarung wird auch geregelt werden müssen, wieviele Leistungen die Einwohnergemeinde an den Betreiber zahlt für nicht gedeckte Leistungen, die im Tägerhard angeboten werden. Es

ist so, dass die Vereine und Kulturvereine nicht plötzlich mit Kosten pro Stunde für die Eisnutzung konfrontiert sind. Das ist mir und allen hier im Saal bewusst, dass dies nicht so abgegolten werden kann. Das heisst, die Leistungsvereinbarung ist nachher letztendlich die Basis unseres finanziellen Engagements unserer Vereine gegenüber. Das heisst, Sie bestimmen den Grad dessen, was wir im Bereich der Vereine, der Veranstaltungen und der Kultur unterstützen möchten. Ihr Anspruch ist aber gleichzeitig auch, dass der Betrieb durch die Betreiberorganisation möglichst derart optimiert wird, dass nicht unnötig viel Geld gleichzeitig auf anderen Wegen ins Tägerhard fließen muss. Das zentrale ist die Leistungsvereinbarung, welche wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Projektierungskredit im Sinne einer Musterlösung vorlegen werden. Dass dies nachher auch noch und vor allem im Zusammenhang mit den Abstimmungen diskutiert werden muss, insbesondere auch mit Vereinen und anderen Nutzern, ist klar. Dies haben wir versprochen und werden wir auch tun. Was wenn kein Betreiber gefunden wird? Wir werden, sobald klar ist, dass das Täger gebaut wird, im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung auch einen Betreiber zuziehen. Das heisst, es muss im Vorfeld eine Ausschreibung geben. Es muss eine Möglichkeit geben, dass externe oder interessierte Betreiber bzw. Firmen sich melden können um das Täger zu betreiben. Sollte dies zu wenig attraktiv sein, haben wir ziemlich sicher einen Fehler gemacht. Wenn wir einen Fehler gemacht haben, werden wir es auch nicht lösen können, in dem wir etwas ändern. Sprich, wir müssen von Anfang an die richtige Basis wählen, von Anfang an eine transparente Leistungsvereinbarung haben. Machen wir dies nicht richtig und wir keinen Betreiber finden, müssen wir solange daran arbeiten, bis wir die Rahmenbedingungen beieinander haben. Im worst case, wenn wir uns alle einig sind, aber mit der Leistungsvereinbarung keinen künftigen Interessenten finden werden, weil wir ihm vielleicht zu viele Hürden auferlegt haben, dann gibt es sicher auch die Chance ein Modell zu verwenden, wie wir es heute auch schon kennen: so wie das EW funktioniert. Aber, und das möchte ich betonen und haben wir auch heute Morgen im Gemeinderat so besprochen, die Idee ist nicht, dass wir ein Täger im Sinne einer Abteilung führen wie heute schon. Sondern wir würden eine privatwirtschaftlichen Aktiengesellschaft als Betreiber einsetzen. Es könnte dann aber sein, dass allenfalls die Gemeinde als Hauptaktionärin auftritt. Dies ist durchaus ein Szenario, das wir im Auge behalten müssen. Was machen wir mit den Arbeitnehmern? Wer kennt das Täger besser, als unsere Mitarbeitenden? Wer kennt alle Winkel, wer weiss und kennt alle Pumphanen, wer kennt die Besucherinnen und Besucher? Es sind unsere Leute, die einen guten Job machen. Wir möchten selbstverständlich nicht, dass unsere Angestellten plötzlich keine Perspektive mehr haben, sondern wir möchten ihnen auch eine Chance geben und entsprechend übergeben. Es wird auch etwas mehr Personal benötigt werden. Es wird auch etwas mehr an Kompetenz und zusätzlichen Funktionen benötigen. Auch in einer zukünftigen Organisation. Ich glaube, wir werden eher zusätzliche Arbeitsplätze schaffen als dass wir Arbeitsplätze abbauen werden. Das heisst auch, dass die soziale Komponente, im Sinne der sozialen Lohnnebenleistungen und der Situierung der Mitarbeiter, nicht schlechter gestellt werden wird. Sie kennen die möglichen Vereinbarungen, die getroffen werden können und Bestandteil der Leistungsvereinbarung sein müssen. Zur Frage der CVP-Fraktion zu den Vereinen: Das Täger steht und fällt mit der Nutzung, aber auch mit der attraktiven Nutzung von möglichen Vereinen, Events und Organisationen, die sich im Täger präsentieren, das Täger nutzen wollen und dem Täger Leben einhauchen wollen. Deshalb wird es unausweichlich sein, dass wir mit allen Vereinen, nicht nur mit den Sportvereinen, sondern insbesondere auch mit den kulturellen Vereinen oder möglichen Kunden, die von weit her kommen und ihre regelmässigen Veranstaltungen im Täger haben, eine Lösung für den Betrieb finden. Unsere Vereine lagen uns am Herzen und diesen Vereinen müssen wir die Chance geben, auch in einem modernen Täger, das mehr bietet und über eine grössere Dienstleistung verfügt, sich wohl zu fühlen und ihre Anlässe durchführen zu können. Ich gehe davon aus, dass das Täger auch für die

Vereine attraktiver sein wird. Ein wichtiger Punkt für mich: im Marketingbereich müssen wir stärker werden. Es ist ein klarer Anspruch, mehr Anlässe durchzuführen. Auch Anlässe, bei denen wir keine permanente Nutzung haben, sprich z.B. im Sommer Anlässe auch unter dem gedeckten Baldachin des Ausseneisfeldes. Wir müssen in der Vermarktung unseres Herzstückes zulegen. Dies benötigt noch etwas Engagement. Wenn wir davon sprechen keine Gewinnmaximierung zu machen, müssen wir trotzdem die Finanzen im Auge behalten. Dies wird eine Gratwanderung sein, wo die Maximierung bzw. wo kann man noch mit vernünftigem Mass arbeiten. Zu Letzt noch zur Einflussnahme: Sie werden auch künftig, wer auch immer das Tägi betreiben wird, davon ausgehen können, dass die Gemeinde indirekt vertreten sein wird, z.B. im Verwaltungsrat der Betreiberfirma, sowie dass eine direkte Einflussnahme über die Leistungsvereinbarung möglich sein wird, die dem Einwohnerrat zur Genehmigung unterbreitet werden muss.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Kenntnisnahme des Zwischenberichtes der Arbeitsgruppe Betreibermodelle Tägi im Zusammenhang mit der Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard

7. Postulat der CVP-Fraktion vom 10. November 2011 betreffend der Einführung von zielgerichteten Fremdbetreuungsformen für ein familienfreundliches Wettingen; Entgegennahme

Thomas Meier, Vertreter der Postulantin: Es sind zwei Postulate, die gemeinsam eingereicht wurden. Das erste wird durch den Gemeinderat entgegengenommen. Hierzu gibt es keine Diskussion. Da das zweite abgelehnt wird, wird es automatische eine Diskussion geben. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, mich dazu ausführlicher zu äussern.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat der CVP-Fraktion vom 10. November 2011 betreffend der Einführung von zielgerichteten Fremdbetreuungsformen für ein familienfreundliches Wettingen wird überwiesen.

8. Postulat der CVP-Fraktion vom 10. November 2011 für eine Gleichbehandlung der Familienformen; Ablehnung

Thomas Meier, Vertreter der Postulantin: Für diejenigen, die bereits etwas länger dabei sind, erinnern sich, dass nicht erst seit 10. November 2011 bei familienpolitischen Themen die Diskussionen emotional sind, das mediale Echo gross ist, je nach Vorstoss oder Thema die Zuschauertribüne sehr gut gefüllt ist. Öfters wurde auch uns gegenüber der Vorwurf gemacht, wir sähen es zu eng, wir hätten Scheuklappen. Am 10. November 2011 haben wir uns von der CVP nicht nur erlaubt zu sagen, was wir nicht wollen,

sondern auch konstruktiv was wir wollen. Mit diesen beiden Postulaten haben wir versucht, die ganze Bandbreite abzudecken. Noch mehr Offenheit als damals, in aller Öffentlichkeit und in einer hohen Verbindlichkeit können wir als Partei nicht zeigen. Kurz darauf wurde eine Initiative lanciert. Mit dieser Ausgangslage, einerseits 2 Postulate und andererseits eine Initiative, die teilweise die Anliegen der Motion Rüegg übernommen, teilweise ergänzt haben, hätte man im Thema Familienpolitik so weitergehen können wie bisher. Auf einem Standpunkt beharren, Buchstaben austauschen, über Minuten diskutieren, Grabenkämpfe führen, oder es gab auch die Variante zu hinterfragen, was die andere Seite genau meint und zusammenzusitzen. Dieses Gespräch hat stattgefunden zwischen Vertretern des Initiativkomitees und Vertretern unserer Fraktion als Postulantin. Für Einwohnerratsverhältnisse ein relativer Moment. Wir sind soweit gekommen, dass wir ähnlicher Meinung waren und wussten, wir wollen eine Lösung als Gesamtpaket erreichen. Wir haben es sogar geschafft, ein schriftliches Statement zu verfassen, hinter dem wir stehen können. Weil dies aus meiner Sicht historisch ist, erlaube ich mir, Ihnen dieses Statement 1:1 abzugeben. Gerne gebe ich es auch zu Händen des Protokolls ab. Es gehört zu dem Postulat. Wir sind uns völlig bewusst, das Postulat bleibt schwarz auf weiss so geschrieben, wie es eingereicht wurde. Wir alle wissen, wie Postulate und Motionen zu verstehen sind. In dieser Form sind wir überzeugt, hat dieses gemeinsame Statement eine sehr starke Aussagekraft. Wir sind gespannt auf die Antwort des Gemeinderates. Unser Statement lautet:

Wettinger Familienpolitik – Gemeinsames Statement der CVP-Postulanten und des Initiativkomitees

An der Einwohnerratssitzung vom 19. Januar 2012 werden die beiden Postulate der CVP Fraktion "zielgerichtete Fremdbetreuungsformen" und "Gleichbehandlung der Familienformen" behandelt. In den nächsten Wochen wird voraussichtlich die Initiative "freiwilliges und umfassendes Betreuungsangebot" von einem überparteilichen Komitee eingereicht. Diese Vorstösse scheinen auf den ersten Blick sehr unterschiedlich zu sein. In einem ausführlichen Gespräch kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Postulanten und Initianten jedoch zum Schluss, dass dahinter weitgehend gleich gerichtete Ziele stehen und dass eine gemeinsame Familienpolitik nach folgenden Grundsätzen angestrebt werden soll:

Das Wohl der Wettinger Kinder soll im Zentrum stehen

Wettingen soll ein Unterstützungsangebot gewährleisten, das eine gesunde Entwicklung der Kinder und deren Bildung fördert. Die Eltern sollen in ihren Kompetenzen gestärkt und in ihrer Verantwortung unterstützt werden. Die Gemeinde muss nicht Betreiber der Angebote sein. Im Gegenteil erwarten wir, dass zukünftig vermehrt mit bewährten professionellen Betreibern zusammengearbeitet wird.

Einkommensschwachen Familien soll der Zugang zu Unterstützungs-, Bildungs- und kinderspezifischen Vereinsangeboten mit Gutscheinen ermöglicht werden

Das Unterstützungsangebot muss allen Familien zur Verfügung stehen. Darum sollen – abgestuft nach Einkommen - Familien von der Gemeinde Wettingen eine geldwerte Unterstützung in Form von kindbezogenen Gutscheinen erhalten. Für diese Gutscheine können die Kinder von den Eltern frei gewählte Tagesbetreuungsangebote, Bildungsangebote (zB. Musikunterricht), kinderspezifische Angebote von Vereinen und dergleichen beanspruchen. Der anerkannte Strauss der unterstützten Angebote ist detailliert zu besprechen und bedürfnisorientiert zu bestimmen.

Unabhängig von der Familienform

Wettinger Familien sollen die von ihnen bevorzugte Familienform unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten frei wählen können, ohne deswegen hinsichtlich der Beanspruchung von unterstützten Angeboten ungleich behandelt zu werden.

Wir fordern den Einwohnerrat auf, alle drei oben aufgeführten Vorstösse im Sinne dieser Grundsätze zu unterstützen und zu konkretisieren. Der Gemeinderat wird damit beauftragt, eine Familienpolitik zu entwickeln, die allen anspruchsberechtigten Wettinger Familien eine echte Unterstützung und eine echte Wahlmöglichkeit zwischen den Familienformen bietet.

Für das Initiativkomitee:

Esther Elsener Konezciny, Leo Scherer Kleiner, Patrick Neuenschwander

Für die CVP Postulanten:

Bernadette Müller, Christian Wassmer, Thomas Meier

Ich darf ergänzen, dass bei uns die ganze Fraktion hinter diesem Statement steht. Uns ist klar, das Postulat ist eingereicht, der Gemeinderat lehnt es ab. Daran ändert nichts. Unser Statement hat genau das Gewicht, welche Aussagen, ob von Gemeinderat oder Postulanten kommend, haben. Wir Postulanten erachten unser Statement als genauso verbindlich wie den Text im Postulat. Dies widerspricht auch nicht irgendeiner Rechtslogik. Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat mit diesem Handlungsspielraum und dem klaren Statement bei einer Überweisung weiss, in welche Richtung das Angebot gemacht werden soll. Wir sind gespannt auf die Beantwortung.

Gemeinderätin Yvonne Feri: Thomas Meier hat vieles berichtet, das leider nicht mit dem Inhalt des vorliegenden Postulates zu tun hat. Historisch ist es tatsächlich. Wir arbeiten bereits seit über 10 Jahren an diesen Themen. Persönlich erinnere ich mich, wie ich, neu in der Politik, mit Markus Dieth an einem Tisch über diese Themen diskutiert habe. Der Gemeinderat hat gestern Abend, nach 21 Uhr, Kenntnis von diesem Statement erhalten. Wir hatten keine Möglichkeit, inhaltlich oder materiell zum Statement Stellung zu nehmen. Deshalb gilt für uns der Postulatstext. Wenn Sie als Mitglieder des Einwohnerrates etwas anderes erwarten würden, bräuchten wir Zeit. Auch bei einer heutigen Überweisung des Postulates durch den Rat halten wir uns an den Postulatstext. Nachfolgend begründe ich gerne, weshalb der Gemeinderat das vorliegende Postulat zur Ablehnung empfiehlt. Ich werde mich, im Gegensatz zu Thomas Meier, auf das Postulat beziehen und nicht auf andere Ausführungen. Kernelement eines Kinderbetreuungsgeldes sind die finanzielle Anerkennung der Familienarbeit und ihre Neubewertung im Hinblick auf die Absicherung im Alter. In einigen Modellen ist das Erziehungsgeld von einer Vollzeittätigkeit in Familienarbeit abhängig. Andere Modelle sehen eine vollständige bzw. im Kindergartenalter teilweise Tätigkeit vor. Wichtig bei allen verschiedenen Modellen erscheint uns, dass v.a. die Wahlmöglichkeit der Betreuungsform gewährleistet ist. Die Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes wurde bisher v.a. in Deutschland diskutiert. Ab 2013 ist die Einführung eines Betreuungsgeldes als Bundesleistung geplant. Vorgesehen ist, dass Eltern, die ihre Kinder unter 3 Jahren selber betreuen, pro Monat und Kind EUR 150.00 erhalten sollen. In Finnland und Norwegen gibt es auch Varianten des Betreuungsgeldes. In Schweden ist die Einführung abgelehnt worden, weil man Angst hat, dass ein Kinderbetreuungsgeld Frauen an der Ausübung eines externen beruflichen Tätigkeit hindert. Befürworter sehen mit der Einführung eines Erziehungsgeldes die materielle Gleichwertigkeit von familiärer Erziehungsarbeit und Erwerbsarbeit hergestellt. Zudem wird die die Entscheidungsfreiheit der Eltern betont, indem sie wählen können, ob sie ihr Kind selber betreuen oder in einer

Kindertagesstätte betreuen lassen möchten. Zudem wird das Erziehungsgehalt auch durch diejenigen unterstützt, die die ausserfamiliäre Kindererziehung und -betreuung mit der Erziehung und Betreuung durch die Eltern nicht als gleichwertig beurteilen. Die Gegner des Betreuungsgeldes sind der Meinung, dass die Einführung nicht dem Kindeswohl dient und die über Jahre geltende und nicht umstrittene Erziehungspflicht demontieren. Deshalb sei es ordnungspolitisch falsch. Zudem wird befürchtet, dass das Erziehungsgeld die Chancenungleichheit vergrössert, weil Familien mit geringen Einkommen auf die externe Kinderbetreuung verzichten würden. Die Folge könnte sein, dass gerade diejenigen Kinder nicht von einer Förderung in einer frühen Tagesbetreuung profitieren könnten, die es besonders nötig hätten. Ebenso wird argumentiert, dass Betreuungsgelder das Potenzial vieler gut ausgebildeter Frauen und Männer ungenutzt lassen sowie die Eltern dadurch auf das berufliche Abstellgleis führen würde. Die bestehende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern würde zementiert werden. Wettingen verfügte Ende 2010 über 102 Betreuungsplätze für Vorschulkinder. Ende 2010 haben in Wettingen 1'019 Vorschulkinder gelebt. Rund 700 Kinder haben keinen Krippenplatz in einer Kindertagesstätte der vier Poolgemeinden beansprucht oder wurden in einer Kita betreut. Nach Abzug der Kinder, welche in Tagesfamilien oder z.B. von ihren Grosseltern betreut werden, dürften rund 600 Kinder bzw. deren Eltern Anspruch auf Erziehungsgeld geltend machen können. Die Nettokosten zu Lasten der Gemeinde für die Betreuung dieser Kinder in einer Poolkrippe haben im Jahr 2010 Fr. 400'000.00, ohne Berücksichtigung des Kantonsbeitrages, gekostet. Würden diese Kosten für 600 Kinder aufgerechnet und angenommen würde, dass das Elterngeld unter ähnlichen Rahmenbedingungen, sprich Elternbeitragsreglement, berechnet würde, dann würden sich die Kosten für das Kinderbetreuungsgeld auf rund Fr. 800'000.00 belaufen. Würden wie in Deutschland pro Monat ein fixes Kinderbetreuungsgeld von Fr. 150.00 ausbezahlt werden, würde dies Kosten pro Jahr von rund 1.08 Mio. Franken auslösen. Zusätzlich zu den Kinderbetreuungsgeldern wäre noch mit Lohn- und Verwaltungskosten von rund Fr. 70'000.00. Ich möchte an dieser Stelle noch die Staatsebenen erwähnen. Wir sind eine Gemeinde, es gibt aber noch Bund und Kanton. Wir sind der Ansicht, dass die Gemeinde der falsche Ort ist, Kinderbetreuungsgeld einzuführen. Wie würden wir sicherstellen, dass dieses Geld analog einer Kita dem Kindeswohl zu Gute käme und nicht einfach ins Haushaltsgeld fliessen würde? Aufgrund dieser Ausführungen und Argumente empfiehlt Ihnen der Gemeinderat das Postulat zur Ablehnung.

Thomas Meier: Ich versuche auch formell zu werden. Wenn man schon formell ist und auf dem Gesetzesbuchstaben herumreitet, möchte ich Yvonne Feri bitten, das Postulat wirklich buchstabengetreu zu lesen. Es steht ganz klar der Satz: "Wie beim Elternbeitragsreglement für die Fremdbetreuung ist die Bezugsberechtigung abhängig vom Einkommen." Bei der gemachten Berechnung ist bei den 600 Kindern eben nicht berücksichtigt, ob die Eltern des Kindes ein Einkommen über Fr. 120'000.00 oder Fr. 60'000.00 etc. haben. Es wurde kreti und pleti genommen. Das ist ganz klar nicht die Meinung. Es heisst nicht, man muss den gleichen Beitrag wie beim Elternbeitragsreglement sprechen. Es heisst klar: "Wie beim Elternbeitragsreglement ist die Bezugsberechtigung abhängig vom Einkommen." Wenn wir schon genau sein wollen, dann bitte auch genau lesen. Ich habe fast befürchtet, dass der Gemeinderat heute bereits eine Zahl präsentiert. Es ist mir schleierhaft, wie aufgrund des Postulates die Ablehnung bereits mit einem Betrag von 1 Mio. Franken begründet werden können. Ganz am Anfang wollten wir die beiden Vorstösse am 10. November 2011 als Motionen einreichen. Es wurde uns von seiten des Gemeinderates zu Recht gesagt, wir sollen sie als Postulate einreichen. Der Unterschied ist ja, dass der Gemeinderat die Forderung einer Motion 1:1 wie formuliert umsetzen muss. Wenn man in der Weiterentwicklung schlauer wird, kann man dies nicht, da der Auftrag 100 % zu erfüllen ist. Ein Postulat war immer schon verbindlich, aber der Gemeinderat hat ein Postulat immer schon

interpretiert. Ich habe schon einige Male vom Gemeinderat gehört: "Der Postulant möchte dies und das, das können wir zwar so nicht machen, aber so und so ist es möglich und in diesem Sinne übernehmen wir das Postulat". Das gab keine Diskussionen, ob der Gemeinderat den Sinn des Posulates richtig interpretiert, wenn sich dieser nicht meldet. Die Interpretation des Postulates durch den Gemeinderat, was durchaus zulässig ist, wurde schon x-Mal angewendet. Es ist sehr befremdend, dass dies bei diesem Postulat nicht möglich sein soll. V.a. auch, weil die Postulanten eine verbindliche, klare Aussage gemacht haben und dem Gemeinderat die Möglichkeit geben. Der Gemeinderat kann nicht auf seinen Entscheid zurück kommen. Selbstverständlich bleibt dieser ablehnend. Aber ich erwarte, dass die zuständige Gemeinderätin in einem zweiten Statement sagt, im Sinne des heute zusätzlich Gesagten würde sich der Gemeinderat nicht gegen eine Überweisung wehren und er wüsste auch wie er das Postulat umsetzen müsste. Einen solchen Satz möchte ich hören. Wenn ich ihn nicht höre, ist für mich auch ganz klar: dann will der Gemeinderat und die verantwortliche Gemeinderätin die Gleichbehandlung der Familien in der Gemeinde Wettingen nicht haben. Dies ist die ganz klare Interpretation. Man will auch in Zukunft keine Gleichbehandlung der Familienformen. Dies ist auch eine Aussage, damit kann man auch leben. Denn dann wissen wir wieder, in welcher Form wir den nächsten Vorstoss einreichen müssen um ihn umzusetzen.

Leo Scherer Kleiner: Ich habe mir erhofft, dass der Gemeinderat das Postulat nach diesem ausserordentlichen und nach meinem Verständnis wirklich historischen Vorlauf im Sinne dieses schriftlich vorliegenden Textes, in welchem nicht mehr von Kinderbetreuungsgeld die Rede ist, sondern von geldwerte Leistung in Form von kindbezogenen Gutscheinen, entgegengenommen hätte. Wahrscheinlich wird dies nicht mehr der Fall sein. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass ich etwas in dieser Art schon noch hören werde, einfach nicht mehr an der heutigen, sondern an einer nächsten Sitzung. Der nächste Schritt wird sein, dass wir auf der Basis dieses Textes mit einem erneuten Vorstoss an Sie gelangen werden. Jetzt ist es eine Frage der Verfahrensökonomie und der Zeitersparnis, wenn der Gemeinderat den Vorstoss heute schon entgegennimmt. Dann könnte man mit der Arbeit bereits ohne Zeitverzögerung beginnen.

Esther Elsener Konezciny: Leo Scherer Kleiner hat schon vieles gesagt. Einige erachten es nach den klärenden Gesprächen als Auftrag an den Gemeinderat zu prüfen, wie Familien in Wettingen förderlich unterstützt werden können. Unabhängig von der Form, die sie zum Leben wählen. Der Fokus soll auf der Stärkung der Eltern in der Erziehungskompetenz und der Förderung der Kinder in Bildung und Entwicklung liegen. Dies sehen wir als Auftrag und ist so zu verstehen, wie Thomas Meier dies formuliert hat.

Marie Louise Reinert: Ich spreche als private Person und äussere hier nicht die Fraktionsmeinung. Ich möchte beiden Seiten zu den gemeinsamen Gesprächen und dem gemeinsamen Papier gratulieren. Ich bin froh, dass sich das Initiativkomitee auch geäussert hat. Ich möchte meine Bedenken anbringen, dass dem Postulat mit diesem Text ein allgemeinerer, anders gearteter Auftrag übergestülpt wurde. Wenn ich es genau gelesen habe, dann ist der Betreuungsgutschein doch nicht ganz das, was im Postulat steht. Er bietet ein Zusatzangebot ausserhalb der Familie an. Wie soll der Gemeinderat dies unter einen Hut bringen? Im Sinne eines Auftrags, die Familie zum Thema zu machen, wie die Initianten dies formuliert haben, würde ich es gerne entgegengenommen sehen. Aber vielleicht muss man es nochmals neu formulieren.

Martin Egloff: Ich möchte mich Marie Louise Reinert anschliessen. In unserer Fraktion haben bis heute Abend nicht alle das Statement gesehen. Es geht nicht an, dass man

in der Nacht vor der Sitzung ein Statement verschickt und dies als ein Teil des Postulates erklärt. Ich empfehle, das Postulat zurückzuziehen und nächstes Mal bereinigt wieder einzureichen. Es ist ein wichtiges Thema, es geht auch uns an. In der FDP-Fraktion interessieren wir uns für die Familie und wir möchten uns mit dem Text ernsthaft auseinandersetzen können und nicht nur kurz vor der Sitzung zusammenkommen und uns eine Meinung bilden. Das geht so nicht.

Gemeinderätin Yvonne Feri: Die beiden letzten Rednerinnen und Redner haben mir etwas aus dem Herz gesprochen. Wir sind auch der Meinung, dass das richtige Vorgehen gewesen wäre, das Postulat zurückzuziehen und ein neues einzureichen. Marie Louise Reinert hat es richtig entdeckt: die Gutscheinthematik steht nicht im Postulat. Liest man es genau, handelt es sich um verschiedene Inhalte. Ich habe es genau gelesen. Ich habe in meinem Votum erwähnt, dass allenfalls nach Modell Elternbeitragsreglement entschädigt werden soll und habe zwei Berechnungen gemacht. Es spricht nicht unbedingt für Thomas Meier, nur eine gehört zu haben. Man kann auch dazu stehen, einen Vorstoss zurückziehen und einen neuen einzureichen. Ich selber kann nicht den Gemeinderat vertreten, wenn wir am Morgen zur Gemeinderatssitzung einen Ausdruck des Mails auf dem Pult vorfinden. Eine Behandlung des Inhaltes ist gar nicht möglich. Wir können es wohl lesen und diskutieren, aber keine Abklärungen mehr treffen. Unsere Arbeitsweise ist professionell. Wir treffen Abklärungen, diskutieren diese und teilen unsere Meinung mit. Aus diesem Grund können wir jetzt nicht unsere Meinung ändern. Ich kann die Meinung nicht für das ganze Gremium ändern. Was an einer nächsten Sitzung sein wird, kann ich nicht voraussagen. Ich habe keine hellseherischen Fähigkeiten. Wir halten fest an unserer Ablehnung.

Thomas Meier: Dass wir das Mail am Abend gemacht haben, hat nichts mit Unanständigkeit zu tun. Das ist ein Service Public. Wir hätten auch einfach das Statement vorlesen können. Als Service Public schicken wir es für diejenigen, die es noch vor der Sitzung sehen. Wir haben zwar gewusst, dass der Gemeinderat keinen anderen Beschluss mehr fassen kann. Wir wollten aber nicht, dass Sie im luftleeren Raum stehen und sagen müssen: "Wenn wir das gewusst hätten...". Nein, es ist uns ernst und wir meinen es verbindlich, nicht nur zu Händen des Protokolls. Sondern Sie haben den Text alle auch gesehen. Den Service Public uns nun zum Vorwurf zu machen, finde ich heikel. Dies war die Idee dahinter und kein Hintertürli. Es ist gleichwertig wie eine klare, mündliche Aussage. Damit es niemand falsch verstehen kann, haben wir den Text schriftlich verfasst und allen vorgängig zugestellt. Zeitfaktor: Wer meint, dass man das Thema Gleichbehandlung wie in der Vergangenheit einfach weglächeln kann, irrt. Das Thema bleibt und kommt an der nächsten Sitzung. Wir verlieren nur Zeit, auch für die Fremdbetreuung. Das überwiesene Postulat zum Thema Fremdbetreuung kann nicht behandelt werden, weil der Gemeinderat die Initiative abwarten muss. Davon bin ich überzeugt. Wir haben eine reine Zeitverzögerung. Unser Zeitplan ist sehr ehrgeizig. Ich wurde im November ausgelacht, als ich sagte, im Sommer 2013 möchten wir den Vorstoss umgesetzt haben. Das Initiativkomitee schreibt sogar Sommer 2012, im schlimmsten Fall Sommer 2013. Nochmals: wir wehren uns nicht gegen etwas qualitativ Gutes, das früher kommt. Wie will der Gemeinderat den ehrgeizigen Zeitplan umsetzen, wenn man aus formellen Gründen auf Zeit spielt? Wir verlieren wertvolle Zeit, das Thema bleibt, wir wissen was im neuen Vorstoss stehen wird. Überweisen wir das Postulat heute, kann der Gemeinderat genau in diesem Sinne den zweiten Punkt erfüllen: "Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat ... eine konkrete Vorlage zur Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ... vor." Ja, es wurde eingeschränkt auf das Kinderbetreuungsgeld. Davon entfernen wir uns im Statement. Deshalb kann man eine konkrete Vorlage bringen. Das Postulat hat dies ausgelöst. Die SVP verweist in ihrem Fraktionsbericht auf die Initiative verwiesen. Zu

Recht. Die Initiative ist vom Grundgedanken ähnlich, es geht um Gleichbehandlung. Es ist ganz ein kleiner Bereich: die Steuern. Geht es um Steuern, werden die gut Verdienenden immer mehr gefördert als die anderen. Trotzdem, ich werde es trotzdem unterstützen. Ich bin seit 12 Monaten an der Bearbeitung dieses Themas. Ich werde in der CVP Aargau immer wieder als SVPlar aufgezogen, wenn es um Familienpolitik geht. Die Initiative muss man unterstützen, nicht weil sie das Gelbe vom Ei oder die Lösung aller Probleme ist, aber weil sie eine Grundrichtung zeigt. Man kann nicht dauernd alles unterschiedlich messen. Mit diesem Beispiel demonstrieren wir, was wir in Zukunft gerne gesamtheitlich hätten. Mit diesem Postulat zeigen wir anhand eines Beispiels, in welche Richtung Anträge bezüglich Familienpolitik vorgelegt werden sollen. Dies ist das Einzige, was wir wollten. Wenn man mit diesem relativ breit formulierten Papier nicht umgehen kann, dann ist es schade. Dann kommen die alten Grabenkämpfe zurück, über die wir hinweg gekommen sind. Wenn der Gemeinderat in diesem Graben bleiben will, ist es schade. Gewisse Äusserungen von heute sind wiederum nur ein Hohn für diejenigen, die dieses Modell wählen. Dies finde ich schade.

Marie Louise Reinert: Ich fände es schade, Thomas Meier, wenn du das verfahrenskorrekte Vorgehen so interpretieren würdest. Dies würde ich nochmals überdenken.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 17 : 23 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat der CVP-Fraktion vom 10. November 2011 für eine Gleichbehandlung der Familienformen wird abgelehnt.

9. Postulat Patrick Bürgi und Robin Bauer vom 10. November 2011 betreffend Einführung eines Waldkindergartens in Wettingen; Entgegennahme

Robin Bauer, Vertreter der Postulanten: Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme und warten gespannt auf die Ausführungen.

Vizeammann Heiner Studer: Möglicherweise gibt es eine Änderung der Rechtslage. Im Moment ist es so, dass der Kanton bei den Kindergärten für den Lehrplan und die Besoldungen zuständig ist. Der Kanton führt viele Gründe gegen Waldkindergärten an. Es braucht eine zweite Lehrkraft, die er nicht finanzieren, sondern dies der Gemeinde überlassen würde. Am 11. März 2012 stimmen wir über Volksschuländerungen ab, inklusive Kantonalisierung des Volksschulkindergartens. Deshalb kann ich nicht garantieren, dass die Überprüfung zum gewünschten Resultat führt. Der Gemeinderat ist mit der Zielsetzung des Postulates einverstanden, die Rechtslage gibt im Moment noch Fragezeichen auf.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat Patrick Bürgi vom 10. November 2011 betreffend Einführung eines Waldkindergartens in Wettingen wird überwiesen.

10. Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat; Beantwortung

Yvonne Vogel, Vertreterin Interpellantin: Zuerst möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion für Ihre Zustimmung zur Dringlichkeit dieses Geschäftes bedanken. Beim Lesen des Interviews, das Heiner Studer in der Weltwoche gab, haben einige Passagen vielleicht Kopfschütteln, ein leichtes Befremden ausgelöst. Die Aussage jedoch, dass ein Wegzug von den wenigen Reichen, die in Wettingen wohnhaft seien, auf das Steuersubstrat fast keine Auswirkungen hätten, haben nicht nur in der FDP-Fraktion, sondern auch in der Bevölkerung Unverständnis und Verärgerung ausgelöst. Wenn man bedenkt, dass etwa 20 % der Steuereinnahmen von diesen wenigen Reichen stammen, zeugt eine derartige Einstellung nicht von viel Feingefühl. Gerade in Anbetracht der aktuellen Investitionsplänen, zählt jeder Steuerfranken. Dass sich ein Vertreter des Gemeinderates in dieser Art und Weise in den Medien äussert, ist unverständlich. Die despektierliche Beschreibung des Erscheinungsbild von Wettingen, die der Journalist noch zum Besten gab, haben dem Ganzen die Krone aufgesetzt. Da kann eine Gemeinde noch so viel Standortmarketing betreiben, wenn in der Öffentlichkeit ein derart negatives Bild gezeichnet wird. Auch wenn man diesen Wahrnehmungen des Journalisten nicht zu viel Gewicht beimessen und diese nicht ganz ernst nehmen darf. Wir sind gespannt auf die Beantwortung unserer Fragen.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Ich beantworte die Fragen im Namen des Gemeinderates wie folgt:

1. Wurden die GemeinderatskollegInnen über dieses Interview vorgängig informiert?

Antwort:
Nein.

2. Wie stellt sich der Gemeinderat zum Inhalt dieses Interviews?

Antwort:
Der Gemeinderat teilt die von Heiner Studer in der Weltwoche Nr. 49/11 gemachte Aussage ausdrücklich nicht. Dementsprechend hat auch eine Aussprache zwischen Heiner Studer und dem Gemeinderat stattgefunden. Heiner Studer hat die Aussagen nicht in der Funktion als Vizeammann getätigt, sondern als Präsident der EVP Schweiz. Dem Gemeinderat liegt sehr viel an guten Steuerzahlern und will diese auch pflegen. Keinesfalls ist es so, dass es dem Gemeinderat egal wäre, wenn gute Steuerzahler vom Lägernhang oder auch sonst aus Wettingen wegziehen würden, im Gegenteil. Ein Auszug aus der Strategie des Gemeinderates: "Unter anderem verfolgt der Gemeinderat folgenden Weg: Über den Wohnungsbau soll ein ausgewogener Bevölkerungsmix erreicht werden. Wettingen will seine mittlere Steuerkraft durch neue Steuersubjekte verbessern. Es sollen hochwertige Dienstleistungsfirmen und Kanzleien wie auch Privatpersonen angesiedelt werden. Die Erhöhung der Steuerkraft soll durch attraktiven Wohnungsmarkt und ein qualitativ hoch stehendes Umfeld erreicht werden..." Damit ist auch mit der vom Gemeinderat verfolgten Strategie untermauert, dass wir unseren Steuerzahlern Sorge tragen.

Ich habe den Artikel in der Weltwoche mehrfach gelesen. Der Redaktor schreibt derart schaumschlägerisch, dass der gesamte Beitrag gar nicht mehr ernst genommen wird. Dennoch, der Gemeinderat und insbesondere ich wünschen uns keine solchen Artikel. Ich glaube, wir wissen alle, dass wir einen anderen Umgang pflegen und diese Darstellung der Weltwoche mitnichten stimmt. Alles andere wäre polemisch. Insofern ist dieser Artikel alter Kaffee ohne Satz und Nichts.

Vizeammann Heiner Studer: Ich bin durch die Interpellation indirekt angesprochen und möchte zwei, drei Erklärungen abgeben. Sie haben festgestellt, dass der grössere Teil des Artikels nichts mit meinem Interview zu tun hat, sondern die Beschreibung des Journalisten über Wettingen ist. Dies war nie Gegenstand unseres Gesprächs. Der Journalist ist übrigens schon seit einiger Zeit Redaktor bei der Weltwoche und seit November 2011 SVP-Nationalrat aus dem Kanton Nidwalden. Er war vorher nicht hier, sondern ist hergekommen um mit mir das Interview betreffend Erbschafts- und Schenkungssteuer zu machen. All die Aussagen aus dem Umfeld habe ich nicht gekannt. Zum Lesen gegeben hat er mir die eindeutigen Teile des Interviews. Dies ist mir wichtig zu sagen. Es handelt sich vor allem um zwei Antworten, die Auslöser der Interpellation waren. Man darf aber eine Antwort nicht ohne Frage betrachten. Hier muss ich sagen, ich verstehe, dass Betroffene davon verärgert waren. Das war nicht Absicht und tut mir leid. Aber die Fragestellung war: es sind die wenigen Reichen, die alles tragen und nur wegen ihnen funktioniert es. Dies steht drin. Ich habe gesagt, wir haben eine andere Durchmischung. Das heisst nicht, dass bei Wegzügen das Gefüge auseinanderbricht. Hier ist es missverständlich, wie wenn ich davon ausgehen würde, dass alle dieser Einkommenskategorie wegziehen würden. Dies ist missverständlich und ich entschuldige mich nochmals dafür. Darum habe ich in der nächsten Antwort gesagt, wir würden dieser Gruppe nicht "chüderlen", sondern alle korrekt behandeln. Dies war immer schon mein Anliegen in der Politik von Wettingen, für alle, für das Gemeinwohl, für das Ganze zu schauen und nicht eine Bevölkerungsgruppe zu Lasten anderer zu bevorzugen. Dies war mir wichtig als Statement. Ich bedaure, dass überhaupt niemand derjenigen Personen, die sich in Wettingen geärgert haben, mich angesprochen haben. Weder angerufen noch gemailt. Bei inhaltlichen Themen werde ich viele Male angesprochen. Hier hat sich niemand von Wettingen bei mir gemeldet. Deshalb weiss ich auch nicht, um wen es sich handelt. Ich wünschte mir, dass wir in der Demokratie diskutieren könnten. Ich bin parat, den Kopf hinzuhalten, Kritik entgegenzunehmen und zu debattieren. Hier kommt der Unterschied: Sie können sicher sein, was die Gemeinde betrifft, stehe ich ganz hinter den Kriterien des Gemeinderates. Was aber meinen anderen Teil meiner politischen Tätigkeit betrifft, bin ich in einer Partei wie jede andere Person hier auch und habe meine Prioritäten. In diesen Fragen, klar umrissen, exponiere ich mich. Es war mir ein Anliegen, Ihnen dies zu sagen.

Yvonne Vogel: Wir sind mit der Beantwortung zufrieden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Von der Beantwortung der Dringlichen Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. Januar 2012 betreffend Umgang mit Medien seitens Gemeinderat wird Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

Wettingen, 19. Januar 2012

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsident

Marco Kaufmann

Protokollführerin

Daniela Betschart